4
72

THYSSEN

THYSSEN NIEDERRHEIN
ECHO DER ARBEIT

Werkzeitschrift für die Oberhausener Belegschaft



thyssenkrupp Corporate Archives

Zum Tode Otto Brenners

Sein letztes Referat wurde in Oberhausen vorgelesen

Am Donnerstag, dem 13. April, mußte auf der Internationalen Arbeitstagung der IG-Metall in Oberhausen, die unter dem Thema „Aufgabe Zukunft: Verbesserung der Lebensqualität" stand, das Referat Otto Brenners über „Perspektiven der deutschen Mitbestimmung" vorgelesen werden, da er sich zu dieser Zeit in der Universitätsklinik in Frankfurt befand. Niemand unter den 1250 Teilnehmern aus dem In- und Ausland, darunter auch Mitarbeiter aus den beiden Werken von Thyssen Niederrhein in Oberhausen und Duisburg, ahnte, daß er das letzte Referat Otto Brenners hörte. Denn am Abend des übernächsten Tages, des 15. April 1972, starb der 1. Vorsitzende der IG Metall und Präsident des Internationalen Metallarbeiterverbandes im Alter von 64 Jahren.

Dieses letzte Referat zeigte Ziel und Weg allen Strebens Otto Brenners, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung, auf. Mitbestimmung in der Wirtschaft als Ergänzung der politischen Demokratie, so definierte Otto Brenner in seinem Referat das Ziel und verdeutlichte: „Unsere Mitbestimmungskonzeption zielt auf die Demokratisierung aller Planungs- und Entscheidungsstufen. Sie umfaßt Mitbestimmungsforderungen im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft. Dabei werden die konkreten Modellvorstellungen aus den Bedürfnissen der Arbeitnehmer abgeleitet." Diese Mitbestimmungskonzeption in der Bundesrepublik hat ihre Wurzeln in der Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, beginnend mit dem Kampf um die Rechte der Arbeiterausschüsse in der Kaiserzeit, fortgesetzt mit der Rolle, die die Gewerkschaften in der Rätebewegung der Jahre 1918 bis 1920 spielten, vor allem aber begründet in der Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie während der Weimarer Republik und den Neuordnungsvorstellungen nach dem 2. Weltkrieg. Einen großen Teil dieses Weges mit dem Ziel der Neuordnung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit hat Otto Brenner in der Weimarer Republik schon als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen erlebt und in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg entscheidend mitgestaltet.

Der Gewerkschaftler Otto Brenner, der am 8. November 1907 in Hannover geboren wurde, begann seine gewerkschaftliche Arbeit als Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Er gewann schon in der Weimarer Republik an Bedeutung in der Arbeitnehmerbewegung. Unter dem nationalsozialistischen Regime wurde diese seine gewerkschaftliche Arbeit als Hochverrat mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe geahndet. Nach dem Krieg wurde er nicht nur zum Mitbegründer der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern einer ihrer profiliertesten Kämpfer um die Demokratisierung der Wirtschaft. Seit 1952 führte er gemeinsam mit Hans Brummer den Vorsitz in der IG Metall und wurde 1956 deren alleiniger 1. Vorsitzender. In dieser Funktion gab Otto Brenner der Gewerkschaftsbewegung richtungsweisende Impulse, ob beim Aktionsprogramm, beim Kampf um die 40-Stunden-Woche oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bei der Sicherung der Tarifautonomie oder bei der Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung im Montan-Bereich.

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in den Vorstellungen des Gewerkschaftlers Otto Brenner wurden in seinem letzten, seinem Oberhausener Referat deutlich. An den Zielsetzungen für die Zukunft und den Weg dorthin – in diesem Referat dargelegt – wird offenbar, welch' ein Verlust die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung mit dem Tod Otto Brenners erlitten hat.

Diese Ausgabe informiert Sie auf folgenden Seiten:

über prämiierte Verbesserungsvorschläge, Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit und andere Ereignisse in

Kurz informiert 4+5

über eine internationale Arbeitstagung in Oberhausen in

Verbesserung der Lebensqualität 6+7

über ein Gastspiel eines jungen Ensembles im BBZ in

Junges Ensemble agierte vor Werksjugend 7

über den Thyssentag '72 und die ATH-Hauptversammlung in

Nachrichten aus dem Thyssenbereich 8+9

über eine Neuanlage besonderer technischer Konzeption in der Betriebsreportage

Neue Zementmahlanlage in Oberhausen 10–13

über 180 Jahre Firmengeschichte in

Schicksal aus fremder Hand 14–18

über Thyssen Niederrhein auf der Industriemesse in

Aus Hannover in Bildern berichtet 19

Unser Titelfoto zeigt das 14 Meter lange Mühlenrohr der neuen Zementmahlanlage in Oberhausen. Auf dem Rücktitel Mahlkugeln, mit denen in dem Mühlenrohr die Ausgangsstoffe Hüttensand, Klinker und Rohgipsstein bis zur Pulverfeinheit zerkleinert werden.

THYSSEN NIEDERRHEIN
ECHO DER ARBEIT
Werkzeitschrift für die Oberhausener Belegschaft

42 Oberhausen, Essener Straße 66, Ruf (0 21 32) 88 44 47

Verantwortlich: Arbeitsdirektor Friedrich Kübel

Redaktion und Gestaltung: Friedrich Schacke

Fotos: ATH (Seiten 8 + 9); TN-Forschungsinstitut (Seite 13); GHH-Archiv (Seiten 15 – 17); TN-Archiv (Seiten 14 + 15); TN-Schacke (Seite 19); alle übrigen und Titel: TN-Steinbrink.

Druck: Gebr. Storck GmbH, 42 Oberhausen

thyssenkrupp Corporate Archives

Vorbereitungen für die Neuzustellung des Hochofens A haben bereits begonnen

Der Vorstand der Thyssen Niederrhein AG hat den Betriebsrat darüber unterrichtet, daß er die Vorbereitungen für die Neuzustellung des Hochofens A eingeleitet hat. Hierdurch soll sichergestellt werden, daß die Oberhausener Hochofenanlage sofort in Betrieb genommen werden kann, wenn es die Roheisensituation der Thyssen-Gruppe erforderlich macht.

TN-Duisburg wählte Betriebsrat

Im Werk Duisburg der Thyssen Niederrhein AG wurde am 28. und 29. März ein neuer Betriebsrat gewählt. 1995 Arbeiter und 522 Angestellte waren wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung betrug etwa 80 Prozent. Dem neuen Betriebsrat gehören 15 Arbeiter und vier Angestellte an. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Horst Laroche erhielt die meisten Stimmen, gefolgt vom bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Dieter Kunkel.

Nachlese aus dem Bericht über das Geschäftsjahr 1970/71 bei Thyssen Niederrhein

Die Thyssen Niederrhein AG hat jetzt den gedruckten Bericht über das Geschäftsjahr 1970/71 vorgelegt, dessen wesentlicher Inhalt bereits auf der Pressekonferenz, die am 8. Dezember 1971 stattfand, der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Es stehen jedoch noch einige Fakten, Daten und Zahlen in ihm, über die wir bisher noch nicht berichtet haben. Sie wollen wir kurz aufzeigen.

Bei der Zusammenstellung des Zahlenmaterials, z. B. der Umsatzerlöse oder der Produktionsmengen, wurde aus Gründen einer kontinuierlichen Berichterstattung und auch der Vergleichsmöglichkeit mit Vorjahreszahlen so vorgegangen, als ob Thyssen Niederrhein bereits am 1. Oktober 1970 – und nicht am 1. Juni 1971 – die Betriebe der ehemaligen Niederrheinischen Hütte AG und der Hüttenwerk Oberhausen AG übernommen hätte. Unter diesem Gesichtspunkt erzielte Thyssen Niederrhein ohne Töchter und Beteiligungen einen Umsatzerlös von 1454 Mill. DM und lag damit um 11 Prozent unter dem vergleichbaren Umsatzerlös des Vorjahres. Der Thyssen Niederrhein-Kreis mit der Westfälischen Union AG, einer 100prozentigen Tochter von TN, die im vergangenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 545 Mill. DM erzielte, der Eisenwerke Steele GmbH und der Thyssen Schraubenwerke GmbH, verzeichnete einen Gesamtumsatzerlös von 2011 Mill. DM, davon Innenumsatzerlöse im Thyssen Niederrhein-Kreis und mit anderen Gesellschaften der Thyssen-Gruppe von 870 Mill. DM. Der Fremdumsatz belief sich demnach auf 1141 Mill. DM, der Exportumsatz des TN-Kreises war 355 Mill. DM groß.

Die rückläufige Marktentwicklung, erhebliche Verteuerungen bei den Personal- und Sachkosten sowie die mit der Minderauslastung der Anlagen verbundene Kostenprogression hatten eine deutliche Verschlechterung der Ertragslage zur Folge. Die Thyssen Niederrhein GmbH – die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgte erst im laufenden Geschäftsjahr, und zwar am 16. 11. 1971 – schloß mit einem Verlust von 5 Mill. DM ab. Dieser Verlust wurde von der August Thyssen-Hütte im Rahmen des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages übernommen.

Entsprechend der Marktentwicklung ging auch der Absatz der Schwerpunkterzeugnisse von TN – Walzdraht, Grobblech, Betonstahl – im Geschäftsjahr 1970/71 erheblich zurück. Bei den Sonderstählen, die im wesentlichen die Flachprodukte betreffen, wirkte sich die Marktflaute weniger stark auf das Lieferniveau aus. Während bei den wasservergüteten Stählen der Versand weiter zunahm, konnte der Absatz an den wetterfesten Stählen CORTEN und PATINAX und den plattierten Blechen nicht gehalten werden. Bei den sonstigen Sonderstählen blieben die Lieferungen konstant.

Bei der Behandlung der Bereiche Forschung und Entwicklung weist der Geschäftsbericht des vergangenen Jahres besonders darauf hin, daß die Entwicklung legierungsarmer, wasservergüteter Sonderbaustähle mit Streckgrenzen von 47 bis 51 kp/mm² abgeschlossen wurde. Sie wurden unter der Bezeichnung XABO 47 und XABO 51 in den Markt eingeführt. Diese Sonderbaustähle werden für geschweißte hochbeanspruchte Bauteile aller Art verwendet, vor allem für Druckbehälter und Kessel sowie für den Bau von Mobilkränen.

Ergebnisse der Betriebsratswahl in Oberhausen

Bei der Betriebsratswahl in Oberhausen, die in der Zeit vom 24. bis 27. April durchgeführt wurde, waren 33 Betriebsratsmitglieder zu wählen, und zwar 25 Vertreter der Arbeiter und 8 der Angestellten. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Arbeitern 70 Prozent und lag damit um fast fünf Prozent höher als bei der Wahl 1968. Bei den Angestellten war sie mit 80,8 Prozent dagegen etwa fünf Prozent niedriger als bei der letzten Wahl.

Auf der Arbeiterseite wurden aus den Vorschlagslisten der IG Metall gewählt: Artur Klefken, August Emmerich, Josef Augenstein, Helmut von Mach, Hans Meier, Helmut Hahn, Dieter Wieshoff, Karl-Heinz Oynhausen, Günter Felgenträger, Helmut Riedel, Theo Steck, Karl-Heinz Meier, Willi Stall, Friedhelm Nangast, Alfred Schmithüsen, Paul König, Herbert Traeder, Herbert Mösle, Helmut Stumpe, Theodor Jajor, Heinrich Hofacker, Karl Rik, und der aus der Liste des Christlichen Metallarbeiterverbandes: Wilhelm Dylewski, Heinrich Söntges, Heinrich Matthäus. Von der Angestelltenliste der IG Metall wurden in den Betriebsrat gewählt: Bernhard Böhmer, Wilhelm Victor, Fred Stephan, Anneliese Dether, und von der der DAG: Willi Robben, Lothar Hengst, Clemens Haas, Paula Klomberg.

Herbert Mösle bleibt 1. Vorsitzender

In der konstituierenden Sitzung des neuen Betriebsrates wurde der bisherige 1. Vorsitzende Herbert Mösle wieder in dieses Amt gewählt, auch blieb Bernhard Böhmer sein 1. Stellvertreter, zum 2. Stellvertreter wählte die Versammlung Hans Meier, zum Geschäftsführer Helmut Riedel, zu dessen 1. Stellvertreter Anneliese Dether und zu dessen 2. Stellvertreter Karl Rik.

Die Ausschüsse setzen sich aus folgenden Betriebsratsmitgliedern zusammen, wobei immer das erstgenannte Ausschußmitglied Sprecher der Kommission bzw. des betreffenden Ausschusses ist:

Betriebsausschuß

Mösle, Böhmer, Meier H., Riedel, Hahn, Klefken, Stumpe, Schmithüsen, Robben

Erweiterter Betriebsausschuß

Mösle, Böhmer, Meier H., Riedel, Hahn, Klefken, Stumpe, Schmithüsen, Wieshoff, Steck, Meier KH., Rik, Felgenträger, Robben

Lohn- und Gehaltskommission

Wieshoff, Hahn, Steck, Nangast, Hofacker, Jajor, Klefken, Augenstein, Schmithüsen, König, Victor, Haas

Personalkommission

Meier H., Oynhausen, Hahn, Felgenträger, Jajor, Hofacker, Klefken, Augenstein, Schmithüsen, Traeder, Dether, Hengst

Sozialkommission

Steck, Stall, Meier KH., Rik, Jajor, von Mach, Söntges, Schmithüsen, Traeder, Stephan, Hengst

Sicherheitskommission

Stumpe, Rik, Oynhausen, Stall, Mathäus, Dylewski, Emmerichs, von Mach, König, Traeder, Stephan, Hengst

Wohnungskommission

Meier KH., Dylewski, Stall, Rik, Emmerichs, Söntges, König, Traeder, Victor, Klomberg

Jugendkommission

Felgenträger, Nangast, Dether, Klomberg

Bildungskommission

Rik, Felgenträger, Nangast, Traeder, Dether, Haas

Technischer Fortschritt

Felgenträger, Oynhausen, Klefken, Stumpe, König, Böhmer, Robben

thyssenkrupp Corporate Archives

Personalien



Dr.-Ing. Werner Neuhaus wurde mit der Leitung der Forschung und des Qualitätswesens ab 1. 4. 1972 betraut und gleichzeitig zum Betriebsdirektor ernannt.



Oberingenieur Dr. rer. nat. Joachim Degenkolbe leitet jetzt unter Dir. Dr. Neuhaus die Forschung und



Dr.-Ing. Helmut Taxhet das Qualitätswesen. Er wurde zum Oberingenieur ernannt.



Dipl.-Ing. Klaus Tenbergen wurde Betriebschef des Walzwerksqualitätsstahllagers.



Dr.-Ing. Eckehard Schulz – zuletzt als Oberingenieur am Institut für Gießereiwesen der TU Clausthal tätig – trat als Assistent des Techn. Vorstandes Dr. Nürnberg in den Dienst von TN.

Seine Ideen werden noch lange bleiben

Einem verdienten Sicherheitsingenieur zum Abschied

Das hat die Praxis in den vergangenen Jahren bewiesen, je mehr Ideen zur Arbeitssicherheit in die Tat umgesetzt werden, je stärker man jedem einzelnen Belegschaftsmitglied den Gedanken von der notwendigen Sicherheit am Arbeitsplatz ins Bewußtsein ruft, desto mehr gehen auch die Unfallzahlen zurück. So steht nun seit 15 Jahren das Werk Oberhausen ununterbrochen als das Unternehmen mit der niedrigsten Unfallzahl – bezogen auf 1000 Beschäftigte – unter den vergleichbaren Werken der deutschen Eisen- und Stahlindustrie an bester Stelle. Zurückblickend auf diese 15 Jahre kann man einen ganzen Katalog von Ideen und – wie es in der Verwaltungssprache heißt – Arbeitssicherheitsmaßnahmen zusammenstellen.

Da hat es immer wieder Wettbewerbe gegeben, bei denen es sich im wahrsten Sinne des Wortes lohnte, sich über die Sicherheit am Arbeitsplatz Gedanken zu machen. Einer soll hier für viele stehen, einer der schon seit Jahren erfolgreich praktiziert wird, nämlich der Wettbewerb „SOS" oder „Sauberkeit + Ordnung = Sicherheit". Sehr wichtig zur Vertiefung des Sicherheitsgedankens sind die 5-Minuten-Gespräche, die die betrieblichen Führungskräfte einmal in der Woche mit ihren Mitarbeitern führen. So bleibt das Thema „Arbeitssicherheit im Betrieb" ständig im Gespräch. Ist die Unfallzahl in einem Betrieb höher als im Durchschnitt des Werkes, so werden in einem Schwerpunktgespräch zwischen Betriebsleitung, den betrieblichen Führungskräften, dem Betriebsrat, und zwar seiner Sicherheitskommission, und der Abteilung Arbeitssicherheit die Ursachen festzustellen versucht und Mittel und Wege zur Verbesserung der Situation erörtert.

Eine Idee, die auch in Oberhausen in die Tat umgesetzt wurde, zielt darauf hin, bei Führungskräften ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit und der Unfallverhütung sicherzustellen. Darum wird von ihnen neben ihrer rein fachlichen Qualifikation seit einigen Jahren auch der Nachweis solcher Kenntnisse verlangt. Um sie ebenso wie die Sicherheitsbeauftragten auf dem laufenden zu halten, gibt es Arbeitssicherheitskurzinformationen, zumeist aus einem aktuellen Anlaß. Dem gleichen Zweck dienen auch die monatlichen Sitzungen des Ausschusses für Arbeitssicherheit, bei denen mit den Betriebsleitern aller Betriebe und der Sicherheitskommission des Betriebsrates alle anstehenden Fragen der Arbeitssicherheit diskutiert und notwendige technische Maßnahmen festgelegt werden. Eine imposante Zahl: Im Laufe der Jahre wurden über 9000 technische Sicherheitsmaßnahmen behandelt und durchgeführt.

Wir haben aus diesem Katalog nur die besonders hervorstechenden Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit herausgegriffen. Die Gesamtzahl ist bei weitem größer. Wir haben aber auch festgestellt, daß man mit Belobigungen und Belohnungen nicht gespart hat, wenn sich Belegschaftsmtglieder bei der Verhinderung von Unfällen besonders hervorgetan haben.

An alle diese Einrichtungen, Maßnahmen und an die Ideen, aus denen sie geboren wurden, erinnerte Arbeitsdirektor Kübel in einer Abschiedsrede für den Mann, der für diese erfreuliche Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit in Oberhausen seit mehr als 15 Jahren die Verantwortung trägt: Oberingenieur Gustav Hoppe. Ihm und seinem Mitarbeiterstab gebührt der Dank aller Belegschaftsmitglieder, weil Gustav Hoppe und seine Mitarbeiter durch ihre Ideen, durch ihren dau-



Arbeitsdirektor Kübel würdigte die Verdienste des Leiters der Abteilung Arbeitssicherheit, Obering. Hoppe, in einer kurzen Abschiedsansprache und ließ sich anschließend für die Werkzeitschrift mit seinem verdienten Mitarbeiter fotografieren.

thyssenkrupp Corporate Archives

ernden Einsatz für eine bessere Unfallverhütung die Arbeit im Werk Oberhausen sicherer gemacht haben.

Am 30. April ist Oberingenieur Hoppe, der in vielen nationalen und internationalen Gremien für Arbeitssicherheit an führenden Stellen tätig ist, in den Ruhestand getreten. Doch seine Ideen, von denen wir heute einige wenige als Beispiele aufzeigten, werden noch lange der Vertiefung des Arbeitssicherheitsgedankens in Oberhausen dienen.

■

Neuorganisation in den Bereichen Forschung und Qualitätswesen

Der Vorstand hat für die Bereiche Forschungsinstitut und Qualitätswirtschaft die folgenden organisatorischen bzw. personellen Änderungen beschlossen, die mit dem 1. April 1972 in Kraft getreten sind.

Der Bereich Direktreduktion wurde bis zur endgültigen Überführung in eine neue Unternehmensform aus dem Forschungsinstitut ausgegliedert. Bis zur Ausgliederung bleibt für diesen Bereich, der weiterhin Dr.-Ing. Heinz-Dieter Pantke untersteht, der Technische Vorstand TN, Dr.-Ing. Klaus Nürnberg, verantwortlich.

Die Bereiche Forschung und Qualitätswirtschaft wurden Direktor Dr.-Ing. Werner Neuhaus unterstellt. Unter ihm leiten Oberingenieur Dr. rer. nat. Joachim Degenkolbe den Bereich Forschung und Oberingenieur Dr.-Ing. Helmut Taxhet den Bereich Qualitätswirtschaft.

Ständiger Vertreter von Dr. Nürnberg in Oberhausen

Ständiger Vertreter des technischen Vorstandes für das Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG ist der technische Werksdirektor Dr.-Ing. Hans Geipel. In dieser Eigenschaft unterstehen ihm die gesamten Oberhausener Produktions- und Erhaltungsbetriebe.

Werner Schulitz neuer Leiter der Abteilung Arbeitssicherheit

Mit Wirkung vom 1. Mai 1972 wurde Werner Schulitz zum Abteilungsleiter der Arbeitssicherheit ernannt und damit Nachfolger des am 30. April 1972 wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getretenen Oberingenieurs Gustav Hoppe.

Zwölf Verbesserungsvorschläge wurden prämiiert

Im Werk Oberhausen konnten wieder zwölf betriebliche Verbesserungsvorschläge mit einem Gesamtgeldbetrag von 2830,– DM prämiiert werden. Die höchste Prämie lag bei 370,– DM.

Es wurden für die folgenden zwölf Vorschläge ausgezeichnet:

Hellmann, Herbert, MS, Eigenfertigung von Rührflügeln für die Spritzmaschinen in SM II

Fank, Rudolf, MLP, zusätzliche Sicherung beim Separieren von Öl in der Ölzentrale / Drahtstraße II

Hochleitner, Alfred, MMW, geänderte Simmeringsitze an den Messerwellen der Doppelringscheren/Drahtstraße II

Ziegler, Heinrich / Müller, Hermann / Kuckuck, Heinrich, WM, Gummistollen für das Verladeband S 12 / Sinterverladung Walsum

Raczuhn, Gustav / Bresch, Heinz-Jürgen, MW, Zentral-Schmieranlage für die Rostwagen der Sinteranlage / Walsum

Tschirner, Werner, MMW, Zange zum Transportieren von Lasten in der Hundeschmiede / NO

Reisner, Johannes, MEE, Änderung der elektrischen Schaltung für die Hydraulikanlage der Warmschere / Blechwalzwerk

Wallenfang, Kurt, MS, Kürzen der Lastseile an einer Reihe von Kranen in SM II

Wortelkamp, Siegfried, MF, Schaltungsänderung zum Schutz von Batterien am WUMAG-Fahrzeug

Paßreiter, Helmut, WSP, geänderte Kanterhebel an der Brammenstraße

Lüdecke, Herbert, MTB / NO, geänderte Sicherung an Seilflaschen für Krane

Uphues, Dieter, WLP, Warnschild an der Verwindemaschine 5 / Feineisenstraße

Folgenschwere Unfälle durch schnellen und mutigen Einsatz verhindert



Auf unserem Bild von rechts: Dipl.-Ing. Neumann, technischer Aufsichtsbeamter der Berufsgenossenschaft, Betriebsratsmitglied Stumpe, die für ihren mutigen Einsatz bei der Rettung unfallgefährdeter Kollegen ausgezeichneten Mitarbeiter Schäfer, Schleisik, Behre, Hauptsicherheits-Ing. Hoppe, Laubrecht von der IGM Vorstandsverwaltung und Betriebsleiter Stahl.

Am Freitag, dem 21. April, wurden von der Berufsgenossenschaft drei Belegschaftsmitgileder für ihr Verhalten belohnt, durch das zwei schwere Unfälle vermieden werden konnten. Es waren dies der Belegschaftsangehörige des Zementwerkes Wilhelm Behre, der Blocksignierer Hans Schleisik und der Steuermaschinist Helmut Schäfer. Alle drei erhielten von der Berufsgenossenschaft und vom Vorstand der Thyssen Niederrhein AG Geldprämien.

Und das war geschehen.

Bei Montagearbeiten an der neuen Zementmahlanlage waren Stahlbaumonteure einer Bochumer Firma in zehn Meter Höhe mit Schweißarbeiten beschäftigt. Der Funkenregen traf einen mit Gasflaschen belegten Flaschenwagen, der der Versorgung der Brennstelle mit Gas und Sauerstoff diente. Dieser Funkenregen setzte als Folge einer Undichtigkeit am Druckminderer einer Gasflasche diese in Brand. Behre, der die große Gefahr erkannte und in unmittelbarer Nähe des Flaschenwagens stand, versuchte sofort das Gasflaschenventil zu schließen. Hierbei platzte der Anschlußschlauch. Der auftretende Flammenschlag brachte dem mutigen Retter Verbrennungen zweiten Grades an Mund, Kinn und Hals bei.

Der zweite Unfall, der durch die schnelle Reaktion von Schäfer und Schleisik keine schweren Folgen hatte, ereignete sich, als ein Richtmeister eines auf der Hütte arbeitenden fremden Unternehmens versuchte, den Zufuhrrollgang der Brammenadjustage zu überqueren. Hierbei benutzte er nicht den in etwa 20 Meter Entfernung liegenden sicheren Überweg, sondern ging sicherheitswidrig über die Rollen. Gerade als er auf dem Rollgang war, wurde dieser angefahren. Steuermaschinist Schäfer sah den Richtmeister, der auf dem Rollgang aufschlug, stoppte den Rollgang und konterte wegen des Nachlaufes über die Null-Stellung hinaus. Der Gestürzte wurde zunächst drei bis vier Meter in Richtung Brammenadjustage und anschließend zwei Meter in entgegengesetzter Richtung gefahren. Schleisik, der diesen Vorgang von der Straße her beobachtete, lief schnell auf den Rollgang zu und zog den Richtmeister vom Rollgang.

thyssenkrupp Corporate Archives

Verbesserung der Lebensqualität

Eine Internationale Arbeitstagung in Oberhausen gibt einen Anstoß

In der Stadthalle in Oberhausen fand vom 11. bis 14. April die 4. Internationale Arbeitstagung der IG Metall statt, die sich mit „Verbesserung der Lebensqualität" ein Thema der Zukunft gestellt hatte. Sie schloß sich an die drei Internationalen Arbeitstagungen in Oberhausen und Frankfurt an, die sich speziell mit Fragen und Problemen der Automation befaßt hatten. In einer Pressekonferenz vor Beginn wies der 2. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, auf Entwicklungen in der Praxis hin, zu denen die bisherigen Arbeitstagungen entweder den Anstoß gegeben oder sie wenigstens indirekt beeinflußt hätten. Noch während der Tagung mit dem Thema „Automation – Risiko und Chance" einigten sich 1965 Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgebern darauf, bei der früheren Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein wissenschaftliches Forschungsinstitut zu gründen, das unter dem Namen „Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung" nach dem Zeugnis der OECD zu den leistungsfähigsten Einrichtungen dieser Art in der Welt gehört. Durch diese Tagungen wurde, vor allem nach der Rezession von 1967, in der viele auf den Oberhausener Arbeitstagungen aufgestellte Thesen bestätigt wurden, in der Öffentlichkeit immer mehr die Überzeugung verfestigt, daß gegen problematische Nebenwirkungen der modernen Technik bald etwas geschehen müsse. Erreicht wurden Rationalisierungsschutzverträge, unter die heute mindestens 65 Prozent aller Arbeitnehmer fallen. Auch die Gründung eines Automationskreises durch die Bundesministerien für Arbeit und für Wirtschaft unter Beteiligung von Arbeitgebern und Gewerkschaften fand unmittelbar im Anschluß an den letzten Automationskongreß in Oberhausen 1968 statt. Dieser Arbeitskreis wurde 1970 von der durch die Bundesregierung berufenen unabhängigen „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" abgelöst. Das Arbeitsförderungsgesetz von 1969 und das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 berücksichtigen Forderungen, die auf den Automationstagungen in Oberhausen vorgetragen wurden.

Mit diesem Rückblick auf die direkten oder indirekten Auswirkungen der Automationstagungen wurde die Frage nach dem Sinn solcher Veranstaltungen durch die Gewerkschaft beantwortet. Zusammenfassend kann für die Automationstagungen gesagt werden, daß sie früh auf wesentliche Fragen hingewiesen, die allgemeine Diskussion in Gang gesetzt und damit einen Beitrag zur Veränderung des sozialpolitischen Klimas – demonstriert an den obigen Beispielen – geleistet haben. Mit ähnlichen Erwartungen ging man in diese 4. Internationale Arbeitstagung, die nach den Möglichkeiten der Verbesserung der Qualität des Lebens forschen sollte. Welche Bedeutung dieser Frage nach solchen Möglichkeiten zugemessen wird, ging nicht allein daraus hervor, daß sich Menschen aus 22 Nationen an diesem Kongreß beteiligten, daß neben Arbeitnehmern auch Vertreter von Arbeitgeberorganisationen im großen Saal der Oberhausener Stadthalle saßen, daß sich unter den 58 Referenten aus den verschiedensten Ländern der Erde Spitzenkräfte aus der Wissenschaft, Politiker und hohe Verwaltungsfunktionäre befanden, sondern die Bedeutung wurde auch dadurch unterstrichen, daß Bundespräsident Dr. Gustav Heinemann die Tagung eröffnete und der schwedische Ministerpräsident Olof Palme am ersten Nachmittag über die Frage „Ist Zukunft machbar?" sprach.

„Die Qualität unseres Lebens in allen ihren Bezügen steht hier zur überprüfenden Erörterung." Damit umriß der Bundespräsident die Aufgabe dieser Tagung. Diese Bezüge aber wurden in vier Tagen in Referaten erster Kapazitäten auf ihrem Gebiet und in Diskussionen erörtert. Ausgeleuchtet wurden die Bedingungen zur Verbesserung der Lebensqualität in den Bereichen der Technik, der Bildung, des Verkehrs, der Umwelt, der Gesundheit, der Regionalentwicklung. Eine wichtige Rolle spielen alle Planungen für die Zukunft, es wird also eine Qualität der Planung gefordert und es werden die Finanzierungsmöglichkeiten der Zukunft untersucht. Die in den Referaten der Prominenten aufgeworfenen Fragen wurden in besonderen Arbeitsgruppen diskutiert.

Zu einer Kundgebung für die Idee einer Verbesserung der Lebensqualität wurde das Podiumsgespräch, aufgezeichnet für das deutsche Fernsehen, moderiert von dem Leiter der Sendereihe „Monitor", Claus-Hinrich Casdorff, und bestritten von Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler, von den Universitätsprofessoren Dr. Gottfried Bombach, Basel, Dr. Konrad Littmann, Hamburg, von Professor Johann Galtung vom Internationalen Friedensforschungsinstitut in Oslo, von Professor Dr. Jozsef Bognár, dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Planung und Finanzen und Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Budapest und von Dr. Günter Friedrichs, dem Leiter der Abteilung Automation und Kernenergie beim Vorstand der Industriegewerkschaft Metall. Hier wurde das Thema des Tages aus der Sicht der Gewerkschaft von Dr. Günter Friedrichs erklärt: Die Arbeitnehmer wollten nicht länger die Gestaltung der Zukunft allein der Regierung und den Unternehmern überlassen. Qualität des Lebens bedeutet zum Beispiel Schutz vor Umweltschäden, Chancengleichheit in der Bildung und eine bessere Gesundheitsvorsorge. Es gehe darum, welcher Anteil des Wachstums und welche zusätzlichen Mittel für die Finanzierung einer besseren Qualität des Lebens zur Verfügung gestellt würden. Qualität des Lebens – so definierte der Osloer Professor Galtung – sei eine Frage der Selbstentwicklung des Menschen, die nicht in einer Klassengesellschaft, sondern nur in einer egalitären Gesellschaft möglich sei. Bei der gegebenen Problemstellung dürfe man nicht von Dogmen über die Quellen von Investitionen ausgehen, sondern von den Bedürfnissen der Menschen.

Dieses Podiumsgespräch zeigte gebündelt die vielen Einzelfragen und Probleme des Themenkomplexes dieser Internationalen Arbeitstagung in Oberhausen auf, von der der 2. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, in seinem Schlußwort sagte, daß es ihr darum gegangen sei, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Verbesserung des Lebens zu schärfen. Die Gewerkschaften wünschten zwar nach wie vor eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums, um die Vollbeschäftigung zu erhalten, sie verlangten jedoch, daß sie durch eine Politik des qualitativen Wachstums ergänzt werde. Die Verbesserung der Qualität des Lebens, so meinte Eugen Loderer, sei keine Aufgabe für das Jahr 2000. Sie müsse heute unverzüglich in Angriff genommen werden.



Ein Schnappschuß vom Podiumsgespräch der Internationalen Arbeitstagung, an dem auch viele Mitarbeiter von Thyssen Niederrhein teilnahmen und das am 26. April über den Bildschirm des 1. Programms lief.

Junges Ensemble agierte vor Werksjugend

Wie im vergangenen Jahr warb ein Ensemble junger Schauspieler auch 1972 wieder im Auditorium des BBZ für die Aufführungen der diesjährigen Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Erfreulich für die jungen Darsteller war der gute Besuch, vor allem aus den Reihen der Auszubildenden.



Das „Junge Ensemble" aus Recklinghausen bei einer szenischen Gestaltung auf dem Podium im BBZ.

Informiert wurde über die beiden Werke, die als Eigeninszenierungen der Ruhrfestspiele den größten Anteil am Spielplan haben, über Shakespeares „Ein Sommernachtstraum" und Ibsens „Ein Volksfeind". Wir haben mit dem Inhalt und den Hintergründen beider Werke unsere Leser in den letzten Ausgaben der Werkzeitschrift eingehend bekanntgemacht, weil wir glaubten, daß diese Kenntnis wichtig für das Verständnis der Aufführungen sein kann.

Das „Junge Ensemble" konnte durch die Verbindung von Schilderung und szenischer Darstellung viel plastischer mit dem Geschehen, das wir in Recklinghausen auf der Bühne erleben werden, bekanntmachen, als eine gedruckte Inhaltsangabe. Das Verhältnis des jungen Menschen der Gegenwart zum komödiantischen Ausdruck im „Ein Sommernachtstraum" mit seinem gleichnishaften burlesken Spiel reizte zu Bemerkungen, zum Lachen. Beziehungen hier herzustellen, ist ein schwieriges Unterfangen und gelingt sicher erst in der Aufführung. Anders bei Ibsens „Ein Volksfeind". Die Problematik ist uns hautnah, weil es hier um heute noch aktuelle gesellschaftskritische Fragen geht.

Interessant der Blick hinter die Kulissen, die das „Junge Ensemble" die Zuschauer im BBZ tun ließ, als es ihnen zeigte, wie eine Aufführung entsteht und was alles dazugehört. Da muß ein Bühnenbild entworfen und gebaut werden, gebaut aus den eben angeführten Kulissen. Bis ein Schauspieler im passenden Kostüm steckt, bedarf es vieler Skizzen und Entwürfe. Alles muß aufeinander abgestimmt sein, muß eine große harmonische Einheit aus Figur, Wort, Licht, Farbe und Bild werden, die sich dem Zuschauer ohne sichtbare Nähte am Abend der Aufführung darbietet.

Dias verdeutlichten noch die Welt vor und hinter dem Vorhang, eine Welt, die den meisten der Zuhörer bis zu diesem Nachmittag unbekannt war.

Diese Vorstellung aber wird den Wunsch, selbst einmal eine Aufführung in Recklinghausen zu erleben, vielleicht geweckt haben und wird die Freude am dargebotenen Spiel noch steigern können. Wenn das gelungen ist, dann war dieser Nachmittag im Auditorium ein Erfolg für Darsteller und Zuschauer.

Skulpturen naiver jugoslawischer Künstler

Im Haus der Ruhrfestspiele wird in diesem Jahr eine Ausstellung von 105 Skulpturen naiver jugoslawischer Künstler gezeigt. Zum ersten Mal besteht in der Bundesrepublik die Möglichkeit, die besten und lebensvollsten Werke jener bäuerlichen Bildschnitzer kennenzulernen, die Elemente einer bildhauerischen Volkskunst-Tradition spiegeln. Die Besucher von Aufführungen sollten es nicht versäumen, einen Blick in die im gleichen Haus stattfindende Ausstellung zu tun.

thyssenkrupp Corporate Archives

Aktuelle Unternehmensfragen auf dem Thyssentag 1972

Zur traditionellen Arbeitstagung trafen sich wiederum zweihundert leitende Mitarbeiter mit Mitgliedern der Vorstände und Geschäftsführungen aus den Unternehmen der Thyssen-Gruppe im Düsseldorfer „Malkasten", um gemeinsam über aktuelle Probleme der Gruppe zu diskutieren.

Auf dem diesjährigen Thyssentag ging der Vorstandsvorsitzende der ATH, Dr. Sohl, ausführlich auf die geschäftliche Entwicklung der Gruppe seit dem letzten Thyssentag ein. Dieser Zeitraum müsse zu den schwierigsten in der Geschichte des Unternehmens gezählt werden. Das Geschäftsjahr 1970/71 habe im Zeichen rückläufiger Produktions- und Absatzziffern sowie starker Ertragseinbußen gestanden. Das erstere sei nicht neu gewesen, da es auch in früheren Jahren ein Auf und Ab im Stahlgeschäft gegeben habe. Besorgniserregend sei aber, daß es diesmal bei allen Thyssen-Unternehmen auch zu einer erheblich stärkeren Verschlechterung der Ertragssituation als damals gekommen sei.

Auch das neue Geschäftsjahr habe zunächst einen sehr schlechten Start gehabt. Im ersten Quartal 1971/72, also den Monaten Oktober bis Dezember 1971, sei ein bisher nie dagewesener Tiefstand in der Auslastung der Werke und in den Erträgen eingetreten. Seit Anfang 1972 habe sich die Stahlkonjunktur mengenmäßig wieder etwas belebt, so daß die Rohstahlerzeugung der Thyssen-Gruppe gegenwärtig wieder ein Niveau von rund 1 Million Tonnen erreiche. Diese Belebung löse jedoch noch nicht die Probleme, vor denen die Thyssen-Gruppe bei den noch schlechten Erträgen stünde. Um so mehr käme es darauf an, durch Mobilisierung auch der letzten Rationalisierungsreserven die Kosten zu senken und dringend benötigte Erlösaufbesserungen durchzusetzen.

Wie Dr. Sohl betonte, stünde die Thyssen-Gruppe genauso wie alle anderen deutschen Unternehmen 1972 vor der Aufgabe, mit den schweren Hypotheken der letzten zweieinhalb Jahre aus Kostenwelle und währungspolitischer Entwicklung fertig zu werden. Denn in keinem anderen westlichen Industrieland sei der Abstand zwischen Lohnzuwachs und Produktivitätsfortschritt in den letzten beiden Jahren so groß gewesen wie hierzulande. Nehme man die Auswirkungen der Währungspolitik seit 1969 noch hinzu, dann müsse eine solche Entwicklung für einen so stark mit dem Weltmarkt verflochtenen Industriezweig wie der Stahlindustrie zwangsläufig die Frage aufwerfen, ob der hiesige Standort zur Zeit noch wettbewerbsfähig sei. Dieser Gesichtspunkt würde bei allen künftigen Investitionsüberlegungen sicherlich eine Rolle spielen. Das ändere allerdings nichts daran, daß das zentrale Interesse der Thyssen-Gruppe angesichts leistungsfähiger Anlagen und eines hochqualifizierten Mitarbeiterstamms auch weiterhin im Revier an Rhein und Ruhr liegen werde.



Aufmerksame Zuhörer bei der Rede von Dr. Sohl auf dem diesjährigen Thyssen-Tag. Vorn links TN-Vorstandsvorsitzender Dr. Kürten, in der zweiten Reihe ganz rechts TN-Vorstand Dr. Nürnberg.

Im Anschluß an die Ausführungen Dr. Sohls ging Prof. Cordes in einem reich bebilderten Vortrag auf die Finanzsituation der Thyssen-Gruppe ein. Er erläuterte dabei auch den im Konzern seit vielen Jahren praktizierten Finanzverkehr. Auch machte er mit Einzelheiten des Finanzplanes bekannt, der in der Gruppe sicherstelle, daß die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel dort eingesetzt würden, wo sie den größten Nutzen brächten.

Prof. Cordes wies weiter auf die Gefahren einer allgemein inflationären Entwicklung hin: „Für ein Wirtschaftsunternehmen gibt es keine

thyssenKrupp Corporate Archives

gefährlichere Situation als eine Inflationstendenz, weil fast immer die Vermögensgegenstände stärker entwerten als die Schulden." Nur solche Unternehmen könnten in Zeiten stärkerer Geldentwertung ihr Vermögen erhalten, die noch ausreichende Gewinne erzielen würden. Um so mehr komme es jetzt darauf an, daß die Ertragssituation der Thyssen-Gruppe eine nachhaltige Besserung erfahre.

Am Nachmittag wurden Probleme der Neuorganisation im Handelsbereich der Thyssen-Gruppe sowie Grundsatzfragen der Verkaufs- und Produktionsplanung diskutiert.

Zunächst gab Dr. Kuhn vom Vorstand der Thyssen Handelsunion einen Überblick über den Stand der Umstrukturierung des Thyssenhandels, die nach jahrelangen Vorarbeiten nunmehr in die Endphase eingetreten sei. Danach werde es künftig zwei getrennte Handelsbereiche geben. Einmal eine Werkshandelsorganisation, der die Aufgabe zukomme, den Absatz der Produktionsunternehmen der Thyssen-Gruppe zu sichern und auszubauen. Das zweite Bein werde von einer Regionalhandelsorganisation gebildet, die ein über das Produktionsprogramm der Thyssen-Unternehmen weit hinausgehendes konsumnahes Sortiment in regionalen Märkten anbieten solle. Wie Dr. Kuhn ausführte, verspreche diese Neuordnung sowohl eine bessere Marktposition als auch eine günstigere Kostensituation.

Zum Thema „Verkaufs- und Produktionsplanung" sprachen Dr. Kunze, Dir. Schütte und Dr. Gockel. Während Dr. Kunze die Prognose-Aktivitäten in der Gruppe erläuterte, schilderte Dir. Schütte die hierauf aufbauenden Überlegungen im technischen Bereich. Dr. Gockel rundete das Thema mit einem Vortrag über die Absatzplanung ab, die sich durch die wechselvollen Marktereignisse in der jüngsten Vergangenheit besonders schwierig gestaltet habe.

In den sich an die einzelnen Vorträge anschließenden Diskussionen wurden noch offene Fragen sowie ergänzende Gesichtspunkte behandelt. Den Abschluß des Thyssentages bildete wie in jedem Jahr ein geselliges Beisammensein, das Gelegenheit bot, die Diskussion fortzusetzen und die persönlichen Kontakte zu vertiefen.

Normale Erlöse erst für 1973 und 1974 erwartet

Auf der ATH-Hauptversammlung waren über 2000 Aktionäre anwesend

Am 28. April 1972 fand in der Mercatorhalle in Duisburg die 18. ordentliche Hauptversammlung der August Thyssen-Hütte, der Muttergesellschaft der Thyssen Niederrhein AG, statt. Geleitet wurde sie wegen Abwesenheit des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Kurt Birrenbach von dessen Stellvertreter im ATH-Aufsichtsrat, Heinz Oskar Vetter.

Der Vorsitzende des ATH-Vorstandes, Dr. Sohl, gab einen Überblick über die Entwicklung im Geschäftsjahr 1970/71, mit der wir unsere Leser in der vorigen Ausgabe der Werkzeitschrift unter dem Titel „Fazit des Thyssenjahres 1970/71" bekannt gemacht haben. Auch die Betrachtungen über das laufende Geschäftsjahr und die Prognose für dessen weiteren Verlauf decken sich im wesentlichen mit den Ausführungen zu diesem Thema auf dem Thyssentag, über den wir in nebenstehendem Artikel berichtet haben. Zur Ergebnissituation und der auf diesem Gebiet zu erwartenden Entwicklung sagte Dr. Sohl, daß diese sich in der Thyssen-Gruppe in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres weiter verschlechtert habe. Von den höheren Produktionsziffern, mit denen man auch in den nächsten Monaten rechne, verspreche man sich aber eine auslastungsbedingte Besserung der Kosten. In stärkerem Maße werde der weitere Ertragsverlauf in diesem Geschäftsjahr jedoch von der Entwicklung der Erlöse bestimmt, um deren Aufbesserung man sich in der Thyssen-Gruppe bemühe. Gegenwärtig halte die Tendenz zur Preisbefestigung im Export an. Wenn es gleichzeitig gelinge, auch die durch den Importdruck beeinträchtigten Inlandserlöse wieder in eine vertretbare Relation zu den Kosten zu bringen, könnte der Tiefpunkt im Ertragstal hinter uns liegen. Alles in allem erscheine es deshalb nach dem heutigen Überblick erreichbar, am Ende des laufenden Geschäftsjahres ähnlich dazustehen wie 1970/71.

Über die Entwicklung nach dem 30. 9. 1972 könne niemand angesichts der Rückschläge im vergangenen und im laufenden Geschäftsjahr eine Aussage machen, meinte Dr. Sohl weiter. Tatsache sei jedenfalls, daß es sicherlich einige Zeit brauchen werde, bis man wieder in eine auskömmliche Gewinnsituation käme. Deshalb könne man nur hoffen, daß sich die Besserung nicht nur in der Beschäftigung, sondern auch in den Erlösen nachhaltig fortsetzte, so daß 1973 und 1974 wieder Stahljahre würden, in denen man bei normaler Auftragslage auch normal verdienen könne.



Blick in die Versammlung während der Ansprache von Dr. Sohl, vorne links.

Dann zeigte Dr. Sohl die Zusammenhänge zwischen Kosteneinsparungen, Rationalisierung und Investitionen auf und meinte dazu, daß man weitere Einsparungen nur durch die Mobilisierung sämtlicher Rationalisierungsreserven fortsetzen könne. Der Spielraum dafür sei angesichts der Modernität der Werke in der Thyssen-Gruppe klein geworden. Dennoch sei man zuversichtlich, daß es auf lange Sicht durch weitere konsequente Straffung der Produktion und Rationalisierungsmaßnahmen — auch in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen — gelingen werde, den Kostendruck zu mindern. Wer rationalisieren wolle, müsse auch investieren, wer aber investiere, müsse Gewinne machen. Ohne die Investitionen der Thyssen-Gruppe in den vergangenen fünf Jahren, die sich auf der Walzwerksseite überwiegend auf Rationalisierung und Qualitätsverbesserung beschränkt und die im übrigen ihren Schwerpunkt auf der Roheisenseite hätten, um auch dort Kosten zu senken, wäre die Ertragslage der Gruppe heute noch schlechter.

Zum Schluß wies Dr. Sohl auf die Prognose von Sachverständigen hin, daß in diesem Jahrzehnt der Stahlverbrauch in der Welt stark ansteigen und daß dieser Anstieg entsprechende Auswirkungen auf die Stahlerzeugung in Europa und Deutschland haben werde. Die Thyssen-Gruppe werde im Rahmen einer solchen Entwicklung auch künftig ihre Chancen nutzen.

Im Laufe der Hauptversammlung, an der über 2000 Aktionäre teilnahmen und auf der 81 Prozent des Kapitals vertreten waren, teilte der Versammlungsleiter Heinz Oskar Vetter mit, daß mit der nächsten Hauptversammlung am 12. April 1973 Dr. Hans-Günter Sohl, Professor Dr. Walter Cordes und Dr. Richard Risser aus dem Vorstand der ATH ausscheiden werden.

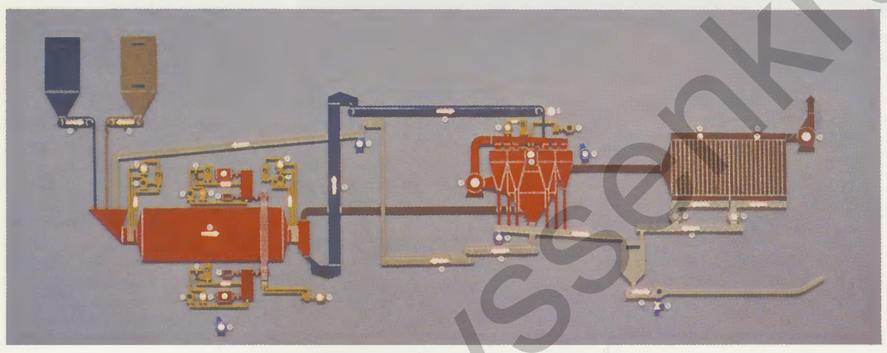
Alle Vorschläge des Vorstandes zur Beschlußfassung wurden mit überwältigender Mehrheit der Versammlung gebilligt.

thyssenkrupp Corporate Archives

Neue Zementmahlanlage in Oberhausen



Das Bild oben zeigt die neue Mahlanlage mit dem Mühlenrohr und im Hintergrund die Windsichteranlage. — Unten das Schaubild des Materialflusses der neuen Anlage, wie es in der zentralen Schaltwarte auf einer Wand steht. Von links nach rechts die Aufgabebunker mit den Ausgangsstoffen, das eigentliche Mühlenrohr in Rot, weiter in Rot die Windsichteranlage und am Schluß in Braun das Filter.



Das Zementwerk von Thyssen Niederrhein in Oberhausen hat in den letzten Wochen eine Mahlanlage in Betrieb nehmen können, die in ihrer technischen Konzeption in der Zementindustrie des In- und Auslandes als einmalig angesehen wird. Die Mahlanlage, die in einer 1½jährigen Bauzeit errichtet wurde, besitzt eine Produktionskapazität von 35 bis 40 Tonnen Hüttenzement in der Stunde. Sie wurde im Gegensatz zu anderen Anlagen dieser Dimension nicht vertikal, sondern horizontal gebaut, das heißt, man hat die zahlreichen Aggregate nicht in einem bis zu 50 m hohen Gebäude aufeinander getürmt, sondern sie in einem langgestreckten 90 m langen und 14 m breiten Halle nebeneinander gestellt, sozusagen wie auf einer Perlenschnur aufgereiht. Das bedeutet zunächst einmal eingesparte Baukosten für das Mühlengebäude. Auch hat diese Konzeption den Vorteil der guten Übersicht von Flurhöhe über die gesamte Anlage und der guten Zugänglichkeit an alle Aggregate mit einem Autokran im Falle einer Reparatur. Aufmerksamkeit verdient die erstmalig in Oberhausen installierte Sichteranlage, die man bei älteren Mühlen nicht findet und die den Durchsatz wesentlich erhöht.

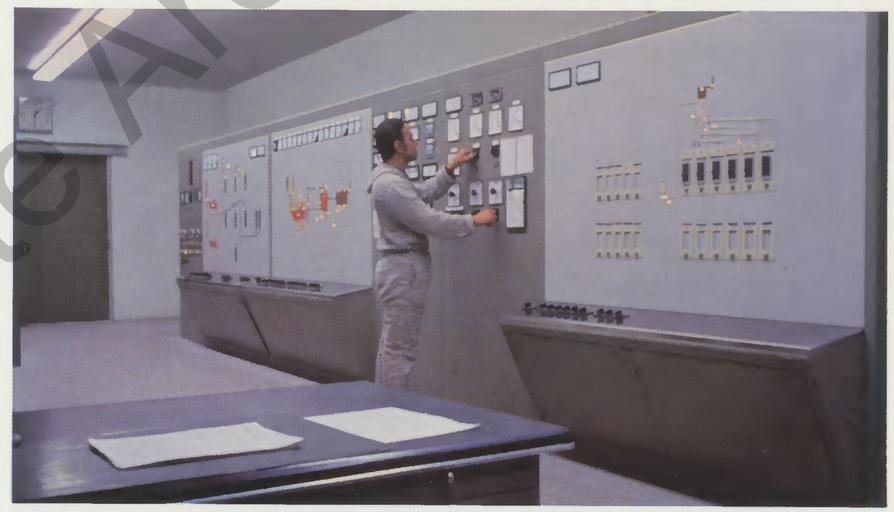
Zement ist ein Stoff, den man eigentlich deswegen Portlandzement nannte, weil man sich einfach nicht mehr aus der Welt der Bauens wegdenken kann. Gebunden durch Kalk mit seiner Herstellung beschäftigen wir uns zu Beton, armiert mit Stahl, begegnet man ihm überall, im Wohnungsbau wie in den großen Baudenkmälern unserer Zeit, denen der Beton auch als Gestaltungsmittel das Gepräge gibt, in den Pfeilern, die die stählernen Brücken tragen, in den mächtigen Mauern der großen Stauseen, in den schlanken sich zum Himmel recken den Säulen und Türmen. Zement ist in jeder Fuge, wenn in konventioneller Bauweise Stein auf Stein geschichtet wird. Der Bedarf an Zement ist entsprechend groß und er wird sicherlich noch in Zukunft wachsen, weil er ja für moderne und wirtschaftliche Baumethoden mit fabrikmäßig vorgefertigten Teilen wieder der wichtigsten Grundstoff darstellt.

Zement gibt es seit 18

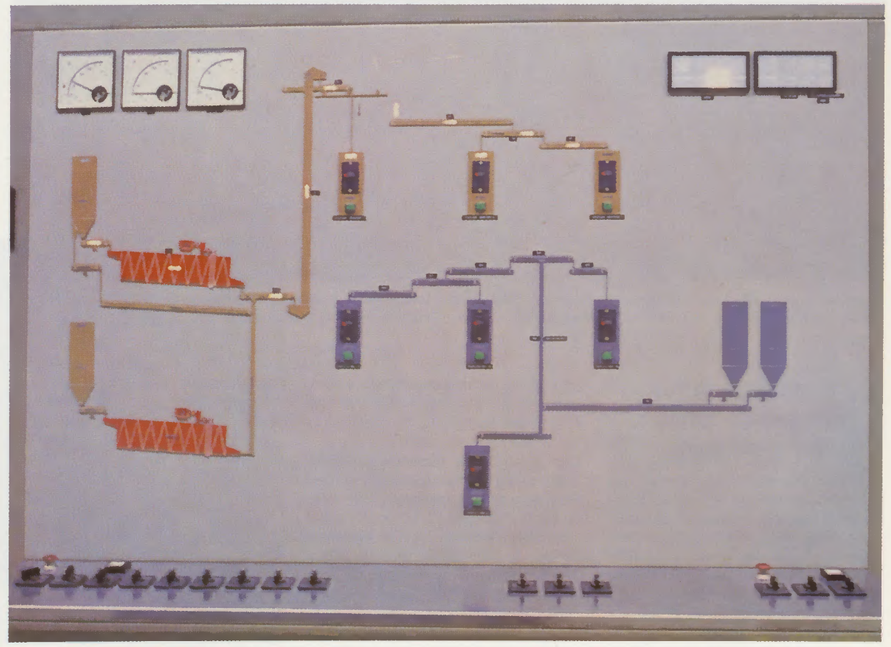
Als der englische Maurer Aspdin im Jahre 1824 den Portlandzement fand, hat er bestimmt nicht die ganze Tragweite seiner Erfindung ermessen können. Er war der erste, der auf die Idee kam, aus Kalkstein, Ton und Tonmergel Zement zu machen, der ihn in der Farbe an den in England vorkommenden Portlandstein erinnerte und den

So macht man Portlandzementklinker

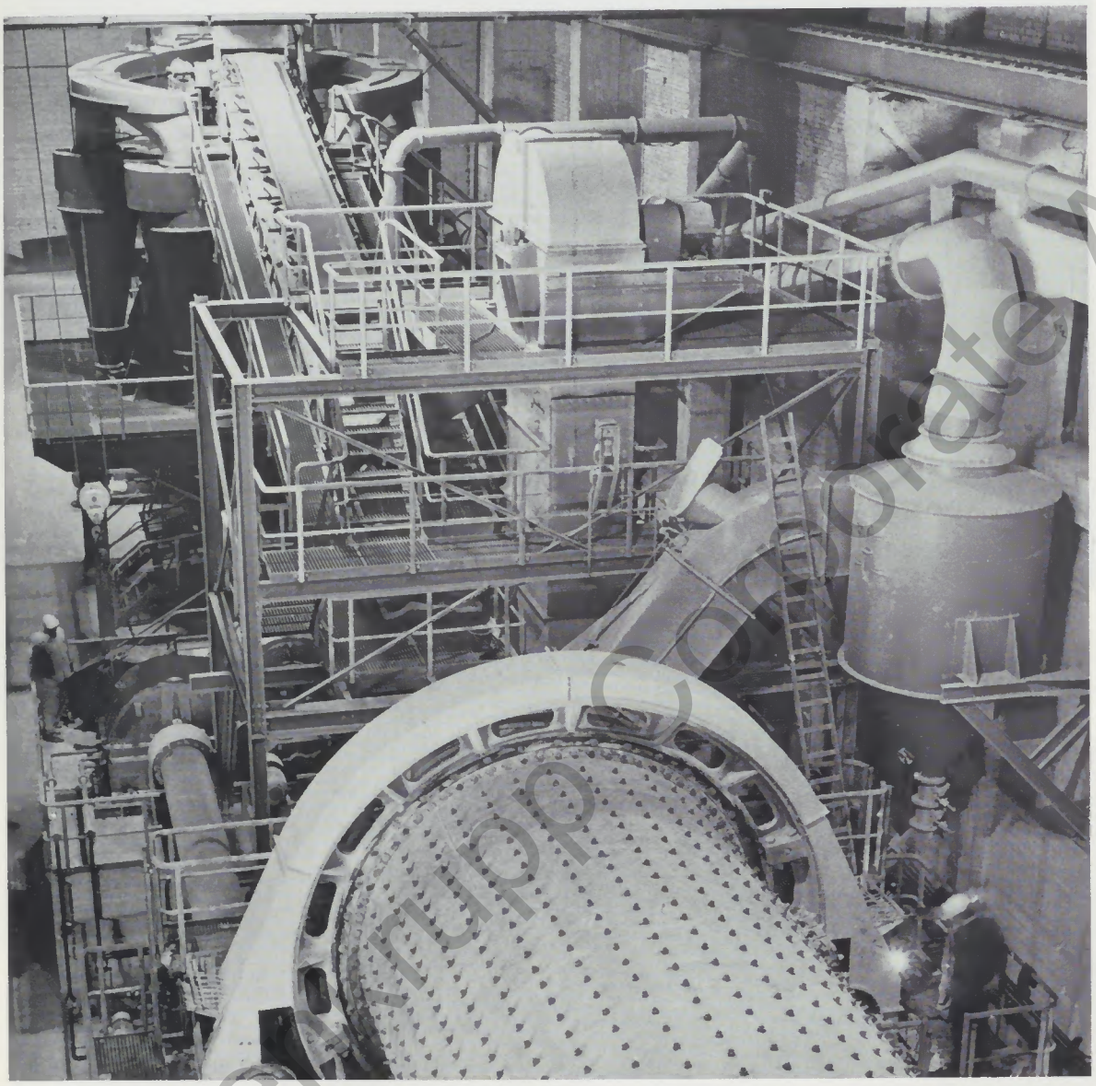
Die Rohstoffe wie Kalkstein und Ton werden getrocknet, gebrochen und miteinander in einem bestimmten Verhältnis gemischt, zu Rohmehl gemahlen und dann in einem Drehofen bis zur Sinterung bei etwa 1450 ° C gebrannt. Es ist dann eine steinharte Masse entstanden, die man Klinker nennt. Dieser Klinker wird entweder mit einer Rohrmühle direkt zu Portlandzement vermahlen oder aber er wird als ein wichtiger Ausgangsstoff bei der Erzeugung von Hüttenzement verwandt. Beim Hüttenzement, wie er in Oberhausen hergestellt wird, werden nur etwa 30 Prozent Klinker gebraucht im Gegensatz zu 100 Prozent bei der Herstellung des Portlandzements.



Die zentrale Schaltwarte, in der die gesamte Produktion überwacht wird. — Unten die schematische Darstellung der neuen Transportwege für die Ausgangsstoffe Hüttensand, Klinker und Rohgipsstein. Links in Rot die Trockentrommeln zur Entwässerung des Hüttensandes.



thyssenkrupp Corporate Archives



Das Mahlgut wandert vom Mühlenrohr über ein Becherwerk und dem auf unserem Bild sichtbaren Transportband in die Windsichteranlage, die wir in Oberhausen nur bei der jetzt in Betrieb genommenen neuen Zementmahlanlage finden.

Ausgangsstoffe: Hüttensand, Klinker, Rohgipssteine

Mit dem Zementklinker haben wir einen der drei Ausgangsstoffe für die Herstellung von Hüttenzement kennengelernt. Der zweite ist der Rohgipsstein und der quantitativ wichtigste die granulierte Hochofenschlacke, die wir in unserer weiteren Darstellung mit dem zwar gebräuchlicheren, aber weniger präzisen Begriff Hüttensand bezeichnen wollen und die zur Zeit per Bahn von der ATH angeliefert wird.

Der eigentliche Erzeugungsprozeß beginnt mit der Dosierung der drei Ausgangsstoffe, nachdem der Hüttensand in großen Trockentrommeln entwässert worden ist. Die Rezeptur für den in Oberhausen hergestellten Standardzement „Hochofenzement HOZ 350 L" sieht 65 Prozent Hüttensand, 30 Prozent Portlandzementklinker, der übrigens als kugeliges Schüttgut mit bis zu 30 mm Durchmesser aus einem südwestfälischen Werk kommt, und fünf Prozent Rohgipsstein in Stückgrößen von 30 bis 60 mm Durchmesser vor.

Der Mahlvorgang im Mühlenrohr

Auf einem ebenfalls neugestalteten Transportweg werden die Ausgangsstoffe über Dosierbänder mit eingebauten Dosierbandwaagen in dem vorgeschriebenen Rezepturverhältnis in das Mühlenrohr von 14 m Länge und 3,8 m Durchmesser geschickt. In diesem Mühlenrohr befinden sich sogenannte Mahlkugeln von besonderer Härte und in Durchmessern von 90 bis 20 mm. Ein Drittel des Mühlenrohres ist mit diesen Kugeln gefüllt, die bei der Drehung des Rohres aufgrund von Schlag- und Reibwirkung das Aufgabematerial Hüttensand, Klinker, Rohgipsstein bis auf Pulverfeinheit zerkleinern. Dieser dauernden Beanspruchung durch die Mahlkugeln würde der Blechmantel des Mühlenrohres nicht lange standhalten. Darum wurde das Rohr im Innern mit Panzerplatten gefüttert. Am Ende des Mühlenrohres wird das Mahlprodukt ausgetragen. Bis zu diesem Punkt des Materialflusses unterscheidet sich die neue Anlage im Prinzip nicht von den drei Mühlen älteren Typs im Oberhausener Zementwerk.

Neu und mit großen Vorteilen: Windsichteranlage

In der neuen Mahlanlage ist dem Mühlenrohr ein sogenannter Windsichter nachgeschaltet, dem der aus dem Rohr kommende Hüttenzement über ein Becherwerk und Transportband zugeführt wird. Im Innern dieses Aggregates wird mit Hilfe von Drehflügeln und Ventilatorluft – daher der Name Windsichter – das Feinkorn vom Grobkorn getrennt. Das Feinkorn, nämlich der fertige Hüttenzement, wird über eine Druckluftleitung den Vorratssilos zugeleitet, während das Grobkorn, welches man in der Fachsprache Grieße nennt, über Transportbänder zurück zur Mühlenaufgabe und dann wieder in das Mühlenrohr wandert.

Die Bedeutung einer solchen Windsichteranlage liegt auf der Hand. Bei den Mühlen ohne sie muß das gesamte Austragsgut der gewünschten Zementqualität entsprechen. Das kann aber nur erreicht werden, wenn die Durchsatzmenge entsprechend gering ist. Man kann also eine Mahlanlage mit Windsichter mit Ausgangsmaterial vollpacken oder wie der Techniker sagt, der Durchsatz ist entsprechend größer. Der Anteil, der mit dem gewünschten Feinheitsgrad „ausgesichtet" wird, beträgt ein Drittel des Mahlgutes. Daß durch das Sich-

thyssenkrupp Corporate Archives

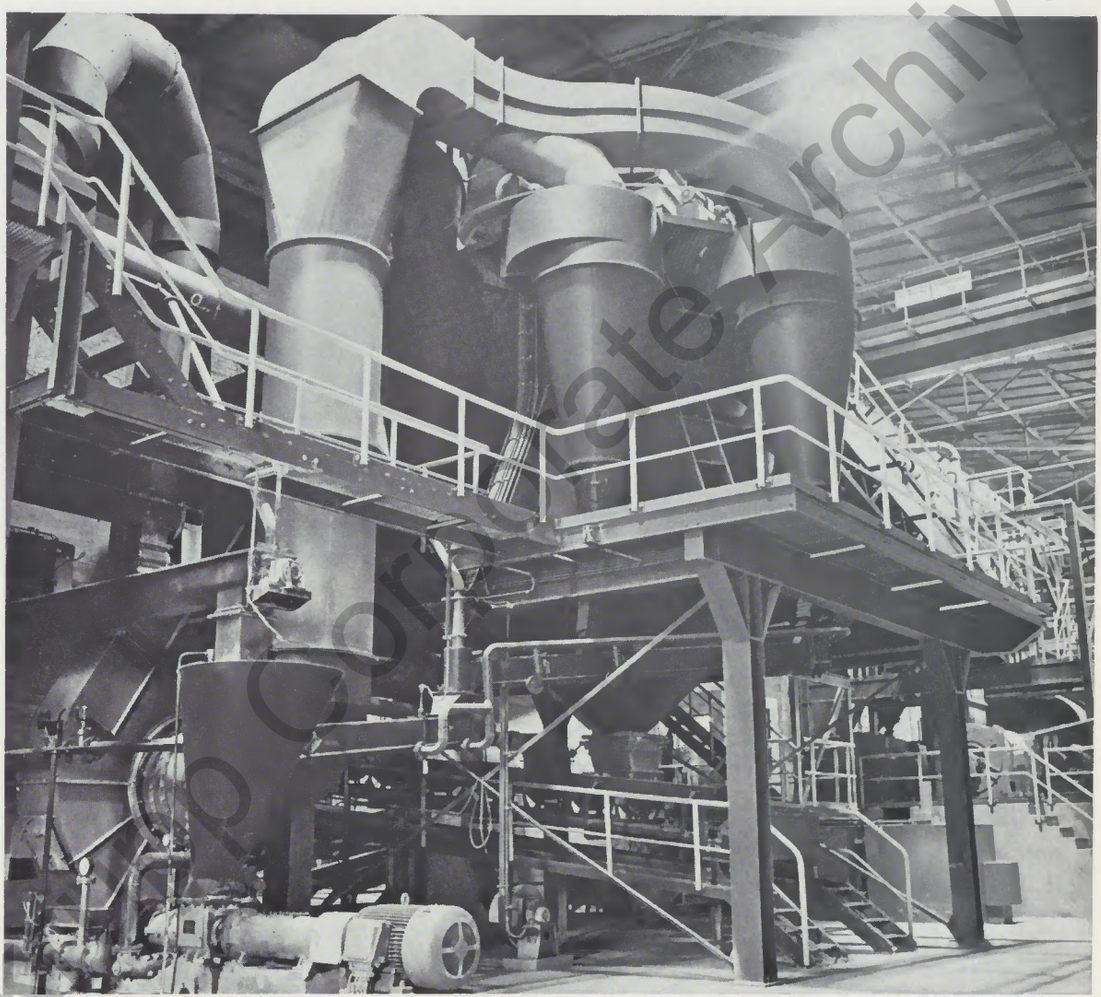
ten eine gleichbleibende Qualität erzielt wird und damit garantiert werden kann, ist ein weiterer Vorteil.

Hirn und Auge der Anlage: zentrale Schaltwarte

Auch die Überwachung der gesamten neuen Anlage und der ebenfalls neugestalteten Transportwege für die Ausgangsstoffe in einer zentralen Schaltwarte durch einen Mann entspricht der technischen Konzeption, in der anhand bisheriger Betriebserfahrungen Verfahrenstechniker und Maschinenbauer gemeinsam eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende Anlage geschaffen haben. In der Schaltwarte kann der Materialfluß auf einem Leuchtschaltbild verfolgt werden, das auch optisch und akustisch sämtliche mechanischen und elektrischen Steuerungen lokalisiert. Daneben wird der Rohstoff- und Mahlguttransport an kritischen Punkten des Verfahrensganges über Fernsehkameras mit entsprechenden Bildschirmen (Monitoren) in der Schaltzentrale beobachtet.

TNO-Zementwerk ganz nach vorn gerückt

Durch die neue Mahlanlage erreicht das Zementwerk der Thyssen Niederrhein AG eine Erzeugungskapazität von über 40 000 Tonnen Hüttenzement im Monat und gehört damit zu den größten Hüttenzementproduzenten der Bundesrepublik.



Sehr deutlich ist auf unserem Bild die Windsichteranlage zu sehen. Durch sie erreicht die neue Zementmahlanlage eine wesentlich höhere Durchsatzmenge als die älteren in Oberhausen stehenden Mühlen.



Im Vordergrund des linken Bildes die große Filteranlage, die die neue Zementmühle staubfrei und damit umweltfreundlich arbeiten läßt.

thyssenkrupp Corporate Archives

Schicksal aus fremder Hand

Wir haben in den bisherigen Veröffentlichungen aus der Geschichte des Unternehmens, aus dem das heutige Werk Oberhausen der Thyssen Niederrhein AG hervorgegangen ist, festgestellt, daß bedeutende Ingenieur- und Unternehmerpersönlichkeiten, wie Gottlob Jacobi, Franz Haniel, Wilhelm Lueg und Paul Reusch, den Weg von den drei kleinen Hütten in Oberhausen, Osterfeld und Sterkrade zu einem Konzern von weltweitem Ruf bestimmt haben. Wir haben aber in den beiden letzten Fortsetzungen erfahren, daß mit dem Wachsen des Werkes auch die Rolle des in der Anonymität arbeitenden Menschen wichtiger wurde. Ein so weitschauender Mann wie Wilhelm Lueg hat diese Entwicklung bereits an ihren Anfängen erkannt und hat ihr durch seine sozialen Einrichtungen für die Zukunft Rechnung getragen. Paul Reusch war sich in den Krisenzeiten nach dem 1. Weltkrieg der Bedeutung des Arbeiters beim Aufbau der Industrie und insbesondere bei der Verwirklichung seiner Unternehmensvorstellungen bewußt geworden. Er hatte, wie wir in der letzten Ausgabe der Werkzeitschrift gelesen haben, es nicht an Versuchen fehlen lassen, das Verhältnis von Kapital und Arbeit zu Nutzen seines Unternehmens und in seinem Sinne zu klären. Und er hat es noch erlebt, zwar nicht mehr an der Spitze des Konzerns stehend, wie dem, was er ja doch wesentlich mit aufgebaut hatte, der völlige Zusammenbruch drohte und wie das Werk nach jahrelanger selbstloser Aufopferungsarbeit unter größten Entbehrungen aller am Wiederaufbau Beteiligten aus den Trümmern erstand, wenn auch vom GHH-Konzern die Unternehmen des Montan-Bereiches von den Alliierten abgetrennt worden waren. Von dem Niedergang, aus dem es keinen Ausweg zu geben schien, bis zum Neubeginn des selbständigen aus dem GHH-Verbund herausgelösten Unternehmens der eisenschaffenden Industrie wollen wir heute berichten.

Als der 2. Weltkrieg im Jahre 1939 begann, stand die GHH auf den in den letzten 20 Jahren immer stärker ausgebauten Fundamenten Bergbau, Stahlerzeugung und Weiterverarbeitung, wobei die Weiterverarbeitung weit über den Bereich von Eisen und Stahl hinausging. Durch die Eingliederung der Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke, der Hackethaler Draht- und Kabelwerke in Hannover und der Kabel- und Metallwerke Neumeier in Nürnberg in den Konzern-Verbund hatte man auch einen Fuß in der Weiterverarbeitung von NE-Metallen. Trotz der starken Exportorientierung des Konzerns, vor allem auf dem Investitionsgütersektor, beeinträchtigten die Autarkiebestrebungen des nationalsozialistischen Regimes und die Abneigung, auf die dieses Regime überall im Ausland stieß, nicht die weitere positive Entwicklung der GHH. Man erwarb 1936/37 auch Anteile an der Ruhr-Benzin AG, um bei dieser ausgesprochen den Autarkiebestrebungen dienenden Industrie dabeizusein.

Der Krieg selber mit seinem großen Rüstungsbedarf stellte an die Werke des GHH-Konzerns höchste Anforderungen, verbunden mit immer größer werdenden Schwierigkeiten auf dem Rohstoffsektor. Auch nahm mit der Länge des Krieges der politische Druck zu. Paul Reusch, der seiner ganzen Natur und Auffassung entsprechend stets ein Verfechter privater Wirtschaftsfreiheit war und jeden Staatsdirigismus ablehnte, der es gewohnt war, seine Meinung offen zu sagen ohne jede Rücksichtnahme, auch wenn sie seine eigene Person betraf, mußte mit dem herrschenden nationalsozialistischen System, das ihm immer mehr in seinen Konzern hereinredete, in Konflikt geraten. Eine Denunziation aus einem Nürnberger Konzernwerk gab den Nationalsozialisten endlich die Handhabe, den Rücktritt des von ihnen gehaßten Mannes zu fordern. Am 21. Februar 1942 traf das Schreiben mit der Rücktrittsforderung in Oberhausen ein. Am Abend des gleichen Tages war Paul Reusch von seinen Aufgaben als Vorstandsvorsitzender entbunden. Damit endete ein zehn Jahre dauernder Kleinkrieg zwischen Paul Reusch und den Nationalsozialisten. 1931 lehnte er eine Einladung Hitlers ab. Am 23. Februar 1932 war Reusch auf eine Initiative Hitlers hin bereit, diesen zu empfangen, aber nur im Berliner Büro der GHH. Bei der Reichspräsidentenwahl im gleichen Jahr machten Reusch und die dem GHH-Konzern nahestehenden „Münchener Neuesten Nachrichten" keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber Hitler. Und auch später blieb Paul Reusch seiner für ihn gefährlichen Haltung treu. So trat er ostentativ aus gleichgeschalteten Organisationen aus, lehnte den von der deutschen Arbeitsfront organisierten Leistungskampf für alle GHH-Betriebe ab.



Auch der Sohn Hermann Reusch, der 1935 stellvertretendes und 1937 ordentliches Vorstandsmitglied der GHH geworden war, mußte vier Monate später ebenfalls seinen Platz im Vorstand räumen, obwohl gegen ihn keine politischen Einwände erhoben worden waren.

thyssenkrupp Corporate Archives



So sah es im Oberhausener Walzwerk nach einem Bombenangriff im 2. Weltkrieg aus, wie es unser Bild oben festgehalten hat. — Daß auch Neu-Oberhausen nicht verschont blieb, zeigt das Bild links.

Was die Belegschaft in diesen Jahren getragen und ertragen hat, dafür gibt es außer an der Front keine Parallelen. Sie und ihre Familien mußten in der Hölle eines unbarmherzigen Bombenkrieges in einer Zeit ausharren, in der jeder, der es nur eben konnte, das Ruhrgebiet verließ und auf das von Bomben verschonte Land ging. Als nämlich am 3. Februar 1943 die „Luftschlacht um die Ruhr" mit Flächenangriffen begann, wurden Wohnviertel nicht geschont. Nach schweren Verlusten der Engländer wurde diese „Schlacht um die Ruhr" abgeblasen. Die nur geringfügig zurückgegangenen Erzeugungszahlen bei Stahl und Kohle zeigten, daß die Bombenteppiche die Wohnviertel zwischen Duisburg und Dortmund getroffen hatten, weniger die Industrieanlagen. Doch was war diese vier Monate dauernde Luftschlacht gegenüber den pausenlosen Tag- und Nachtangriffen, als die Amerikaner die steckengebliebene Luftoffensive in einen permanenten Luftkrieg rund um die Uhr verwandelten! Die Bilanz, die man im Frühjahr 1945 zog, war erschütternd. Jede zweite Wohnung des Reviers war zerstört. Unter welchen körperlichen und seelischen Belastungen gearbeitet wurde, gearbeitet bis zum völligen Zusammenbruch, kann nur der ermessen, der in dieser Hölle hat leben und arbeiten müssen. Doch größer als das Wunder, hier durchgehalten zu haben, war das, daß diese Menschen nach dem Zusammenbruch antraten, um nach dem Überleben nun die Grundlagen für das Weiterleben zu schaffen.

Als zum erstenmal wieder nachts in den Trümmerstädten des Ruhrgebietes hier und da doch ein Licht als ein Zeichen dafür anging, daß keine Flieger mehr zum Bombardement kamen und daß an die Stelle des Krieges die bedingungslose Kapitulation getreten war, da war die äußere und innere Zerstörung so groß, daß in dieser Stunde Null keine soziale Schicht, keine politische Gruppe imstande war, aus eigener Kraft den Staat neu zu errichten. Das besorgten die Siegermächte. Sie stellten die politische Ordnung nach ihrem eigenen Vorbild her, in dem von den Russen besetzten Gebiet nach sowjetischem Muster, in dem von den westlichen Siegermächten besetzten und der heutigen Bundesrepublik entsprechenden Gebiet nach dem Muster ihres eigenen bürgerlich-liberalen Systems. Während in der Ostzone die klare kommunistische Konzeption auch in der Wirtschaft ihre Anwendung fand, gab es in den westlichen Besatzungszonen eine Entwicklung, die einer klaren Linie entbehrte und die wir sehr deutlich am Schicksal der GHH und vor allem ihrer Stahlerzeugungsbasis in Oberhausen verfolgen können.

Am 2. August 1945 hatten die Siegermächte in Potsdam eine Dezentralisation der deutschen Wirtschaft beschlossen, und zwar mit dem Ziel, wie es in dem Abkommen heißt, der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen. Vereinbart wurde eine alliierte Kontrolle über das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, unter anderem für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der anderen europäischen Länder nicht übersteige. Der Lebensstandard Englands und der Sowjet-Union durfte aber nicht als Maßstab herangezogen werden.

Am 26. März 1946 wurde der Industrieplan des alliierten Kontrollrats, in dem alle vier Siegermächte saßen, vorgelegt, ein Plan, der sozusagen die Ausführungsbestimmungen des Potsdamer Abkommens darstellte. Für die Stahlindustrie heißt es hier wörtlich: „Die Erzeugungskapazität der in Deutschland belassenen Stahlindustrie soll 7,5 Mill. Tonnen in Blöcken betragen. Diese Zahl kann zur weiteren Senkung überprüft werden, wenn eine Notwendigkeit dazu bestehen wird. . . . Die genehmigte Stahlerzeugung in Deutsch-



Paul Reusch wurde während des Krieges von den Nationalsozialisten seiner Funktionen als Vorstandsvorsitzender der GHH von heute auf morgen enthoben.

Kopie zur Verfügung gestellt durch Thyssenkrupp Corporate Archives

land darf 5,8 Mill. Tonnen in Blöcken in jedem folgenden Jahr ohne eine besondere Genehmigung des alliierten Kontrollrats nicht übersteigen, wobei diese Zahl einer alljährlichen Revision durch den Kontrollrat unterliegt. . . . Die entsprechend dem oben erwähnten Programm in Deutschland belassenen Werke für die Stahlerzeugung sollen nach Möglichkeit veralteten Typs sein. . . ."

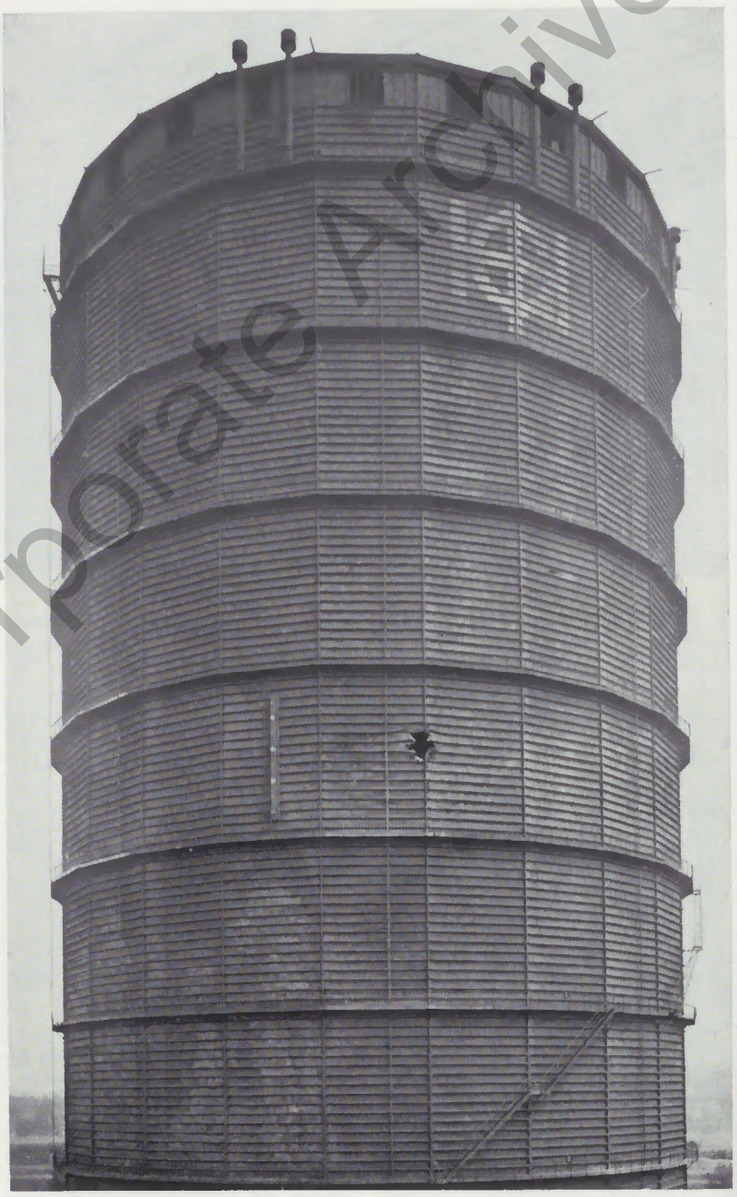
Doch schon auf den Außenministerkonferenzen des gleichen Jahres in Paris im April/Mai und Juni/Juli erzielten die vier Siegermächte keine Einigung über ihre künftige Deutschlandpolitik. Man ging davon ab, Deutschland im Bereich der Wirtschaft noch als Ganzes zu betrachten wie in Potsdam. Die beiden Weltmächte grenzten ihre Einflußsphäre erstmalig ab. Ost und West gingen ihre eigenen Wege. Sie stellten die Weichen, wobei zunächst einmal auch im westlichen Lager über die Grundprinzipien der zukünftigen deutschen Wirtschaft keine einmütige Meinung bestand. So sympathiesierten die Engländer mit der Überführung der Montan-Industrie in Gemeineigentum, ebenso wie in den ersten Jahren nach dem Krieg die beiden großen politischen Parteien, die die Grundlage des wiedererwachenden politischen Lebens bildeten, und die Gewerkschaften, die in den Besatzungszonen wieder zugelassen waren. Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie sollten die festen Kernstücke der neuen Wirtschaftsordnung sein. So sagte unter anderem der Vorsitzende der CDU, Dr. Konrad Adenauer, vor der CDU-Fraktion des NRW-Landtags am 4. März 1947: „Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht."

Am 20. August 1946 wurden die nach dem Krieg beschlagnahmten Werke der Eisen- und Stahlindustrie der North German Iron and Steel Control unterstellt. Ihr fiel die Aufgabe zu, unter Mithilfe einer ihr beigeordneten deutschen Treuhandverwaltung die Konzerne zu entflechten, das heißt, sie in selbständige Produktionseinheiten zu zerlegen. Diese aus der Entflechtung entstandenen neuen Unternehmen sollten die Bausteine einer Neuordnung in dem obenerwähnten Sinne sein.

Hans Böckler, der seit März 1946 an der Spitze eines vorläufigen Vorstandes der Gewerkschaft für die britische Zone in Deutschland stand, forderte am 15. Oktober 1946 in einer Unterredung mit den Leitern der North German Iron and Steel Control und der deutschen Treuhandverwaltung die volle verantwortliche Einschaltung der Arbeitnehmerschaft beim Wiederaufbau und bei der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie. Die Engländer gaben zwei Monate später die Zusage, dem Wunsch der Gewerkschaft folgend, Vertreter der Arbeitnehmer in den Vorständen und Aufsichtsräten der neuen Gesellschaften aufzunehmen. Damit waren die Weichen in Richtung Wirtschaftsdemokratie wenigstens für die entflochtenen Werke der Eisen- und Stahlindustrie gestellt.

Mit dieser Zusage am 14. Dezember 1946 gaben die Engländer auch ihr Entflechtungsprogramm bekannt, das eine Herausnahme der eisenschaffenden Betriebe aus den Konzernen vorsah, eine Absicht, die von den Managern der großen Konzerne als eine die wirtschaftliche Existenz gefährdende Amputation angesehen wurde. Sie wollten die Unternehmen unter allen Umständen als geschlossenes Ganzes erhalten. Da 1946 die einzige echte politische Autorität in Deutschland die Gewerkschaften waren, wandten sich die besorgten Repräsentanten der Unternehmen hilfesuchend an sie. So schrieb der nach dem Zusammenbruch wieder im Vorstand der GHH tätige Hermann Reusch am 18. Januar 1947 den im Faksimile wiedergegebenen Brief an die Einheitsgewerkschaft der britischen Zone, in dem es unter anderem heißt: „Die Durchführung des Planes würde die Zerschlagung eines in 150 Jahren organisch gewachsenen Unternehmens bedeuten. Die innige Verflechtung der einzelnen Betriebsabteilungen auf den Gebieten der Energiewirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung verbietet die schematische Anwendung von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, die die natürlichen und technischen Zusammenhänge unberücksichtigt lassen.

Um die Entflechtung durchzuführen, welche die Wirtschaftlichkeit der Werke nicht gefährdet, halten wir es für geboten, daß die erforderlichen Maßnahmen von denjenigen Stellen



Der 350 000 cbm fassende Gasometer wurde 1943 von einer Bombe getroffen, die durch das Dach schlug und im teerigen Schlamm am Boden des Gasometers explodierte. Die Splitter rissen Löcher in die Außenhaut, wie wir sie auf unseren Bildern oben und rechts sehen. Nach seiner Wiederfertigstellung im Jahre 1946 brannte der Gasometer sofort nach Inbetriebnahme aus und war erst im Jahre 1950 wieder endgültig fertiggestellt.

beeinflußt werden, welche mit den Betriebsverhältnissen und den verwaltungsmäßigen Zusammenhängen vertraut sind, also der Verwaltung und der Betriebsvertretung unter Mitwirkung der Gewerkschaft. Wir denken uns dies in der Weise, daß der Aufsichtsrat durch die Zuwahl von Vertretern der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaft erweitert wird und daß von diesem Kreis die Vorschläge für eine zweckentsprechende

thyssenkrupp Corporate Archives

Lösung ausgehe. Die Interessen aller Beteiligten könnten auf diesem Weg am besten gewahrt werden. . . ."

Unter dem gleichen Datum wandte sich Dr. Karl Jarres im Namen von Klöckner ebenfalls mit einem noch weitergehenden Vorschlag an die Gewerkschaft. Er schrieb unter anderem: „. . . Der Aufsichtsrat der Klöcknerwerke wird nach dem Grundsatz der Gleichstellung von Kapital und Arbeit umgebildet. Die Vertreter der Arbeitnehmer sollen hierbei zusammen mit der öffentlichen Hand die Mehrheit der Sitze erhalten. . . ."

Da auch die Gewerkschaften nicht zerschlagen sehen wollten, was der Wirtschaftlichkeit diente, gingen sie mit den Vertretern der Konzerne konform, mit der Einschränkung, daß die Konzentration dort ihre Grenze finden müsse, wo solche Unternehmungen eine Größe erreichten, die sie zu unerwünschten wirtschaftlichen und politischen Machtgebilden werden ließen.

Diese aus wirtschaftlichen Überlegungen vorgebrachten Wünsche blieben unberücksichtigt, als am 1. März 1947 die eisenschaffenden Betriebe der Gutehoffnungshütte aus der Konzernbildung herausgelöst und unter dem Namen Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft selbständig gemacht wurden. Am gleichen Tag wurden auf Anordnung der Treuhandverwaltung bzw. der North German Iron and Steel Control noch gegründet: die Eisen- und Stahlwerke Haspe, der Hoerder Verein in Dortmund-Hoerde und das Werk Bochum der Eisen- und Hüttenwerke Bochum.

Die Aufsichtsräte wurden mit je fünf Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner besetzt. Als elfter Mann fungierte ein Vertreter der Treuhandverwaltung. Im Vorstand der Betriebsführungsgesellschaften – als solche mußten sie bezeichnet werden, weil ja die Eigentumsverhältnisse ungeklärt waren, und weil ihnen alle für den Produktionsauftrag notwendigen Betriebsmittel zunächst im Pachtvertrag bzw. in einem Betriebsbenutzungsvertrag zur Verfügung gestellt worden waren – saß neben dem Techniker und dem Kaufmann erstmalig in der Geschichte der deutschen Industrie ein Arbeitsdirektor. Ihn bestellte der Aufsichtsrat auf Vorschlag der Gewerkschaften und des Betriebsrates.

Ein Modell für die Neuordnung der Wirtschaft war in Oberhausen geschaffen.

Am 8. Februar 1947 wurde die HOAG, wie die Abkürzung für das neue Unternehmen hieß, im Rahmen der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie auf Grund einer Anweisung der North German Iron and Steel Control vom 6. Februar des gleichen Jahres an den Leiter der Treuhandverwaltung, Direktor Heinrich Dinkelbach, von folgenden von der Treuhandverwaltung bestimmten Herren gegründet: Heinrich Dinkelbach als Leiter und gesetzlicher Vertreter der Treuhandverwaltung, Direktor Dr. Clemens Kleine, Düsseldorf, Direktor Heinrich Meier, Düsseldorf, Rechtsanwalt Dr. Werner Scholz, Düsseldorf, Direktor Franz Unkel, Düsseldorf. Das Gründungskapital wurde auf Reichsmark 100 000,– festgesetzt. Von den Aktien, die auf den Namen lauteten und im Nennwert ausgegeben wurden, übernahm die Treuhandverwaltung im Auftrag der North German Iron and Steel Control RM 96 000,–. Die übrigen Gründer je eine Aktie von RM 1000,–. Die Treuhandverwaltung sollte die Aktien treuhänderisch so lange verwalten, bis der Eigentümer feststände. Bis auf Direktor Dr. Clemens Kleine gehörten alle Gründer dem ersten Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Heinrich Dinkelbach wurde der Vorsitzende. In dem elfköpfigen Aufsichtsrat saßen aus der Belegschaft die Betriebsratsmitglieder Wilhelm Schönen und Bernhard Weth, von der Gewerkschaft Dr. jur. h. c. Hans Böckler und Dr. rer. pol. Erich Potthoff. Der Vorstand setzte sich zusammen aus Gerhard Bruns für den kaufmännischen, Dr.-Ing. Rudolf Graef für den technischen Bereich und Arbeitsdirektor Karl Stromenger.



Die notwendigen Betriebsanlagen wurden dem neugegründeten Unternehmen auf Grund eines am 28. 2. 1947 geschlossenen Pachtvertrages von der GHH überlassen. Diesem Vertrag war ein Verzeichnis der überlassenen Anlagen beigefügt, das uns einen Aufschluß über den Zustand des Werkes nach Beendigung des Krieges gibt.

Es muß vorausgeschickt werden, daß mit der Gründung der HOAG nicht etwa auch erst eine Produktion in Oberhausen angelaufen sei. Vielmehr konnte der Hüttenbereich der GHH als erstes Unternehmen der Stahlindustrie im Revier schon wenige Wochen nach Kriegsschluß die Produktion wiederaufnehmen. Am 14. Juli 1945 kam die 550er-Stabstraße in Neu-Oberhausen wieder in Betrieb. Das war ein Zeichen dafür, daß während des Krieges die wichtigsten Produktionsanlagen und Versorgungsbetriebe – zum Teil natürlich auch behelfsmäßig – einsatzfähig geblieben waren, obwohl etwa 1200 Sprengbomben im Laufe des Krieges auf das Hüttenwerkgelände fielen. Zerstört wurde der große, 350 000 cbm fassende Gasbehälter, ein Wahrzeichen Oberhausens. Kurz vor seiner Fertigstellung am 10. Januar 1946 brannte er ab, und es dauerte noch vier Jahre, bis er wiederaufgebaut war.

Laut Pachtvertrag standen am 1. März 1947 zur Verfügung:

- Eine Hochofenanlage mit sieben Hochöfen, von diesen waren zwei in Betrieb, drei waren gedämpft, einer war in Neuzustellung, und für den letzten war die Neuzustellung vorgesehen;
- ein Thomas-Stahlwerk mit sechs Thomasbirnen von je 20 t Fassungsvermögen, zwei Kupolöfen für Spiegeleisen und ein 1000-t-Roheisenmischer. Ein zweiter Roheisenmischer befand sich in Neuzustellung;
- zwei Siemens-Martin-Stahlwerke, davon eins mit fünf Öfen von 75 t Fassungsvermögen, von denen zwei in Betrieb waren, zwei neuzugestellt wurden und einer ebenso wie das gesamte andere SM-Stahlwerk mit drei Öfen von je 30 t und drei von je 15 t Fassungsvermögen aus Brennstoffmangel stillagen;
- zwei Blockstraßen, zwei Halbzeug- und Formstahlstraßen, je eine Stabstahl- und Drahtstraße und ein Radreifen- und Scheibenwalzwerk;
- ein Grobblechwalzwerk, das aber aus Brennstoffmangel nicht betrieben wurde;
- ein Mittelblechwalzwerk;
- ein Feinblechwalzwerk;
- alle dazugehörigen Zurichtereien, Neben- und Hilfsbetriebe;
- ein Zementwerk;
- eine Schlackensteinfabrik;
- ein Invalidenwerk – wie es im Pachtvertrag hieß –, eine den heutigen Sozialbetrieben vergleichbare Einrichtung;
- Büro- und Lagergebäude, Wohngrundstücke und Wohnungen.

Wie dieses neue Unternehmen betrieben wurde, war ein Modell für alle auch noch später wieder ihre

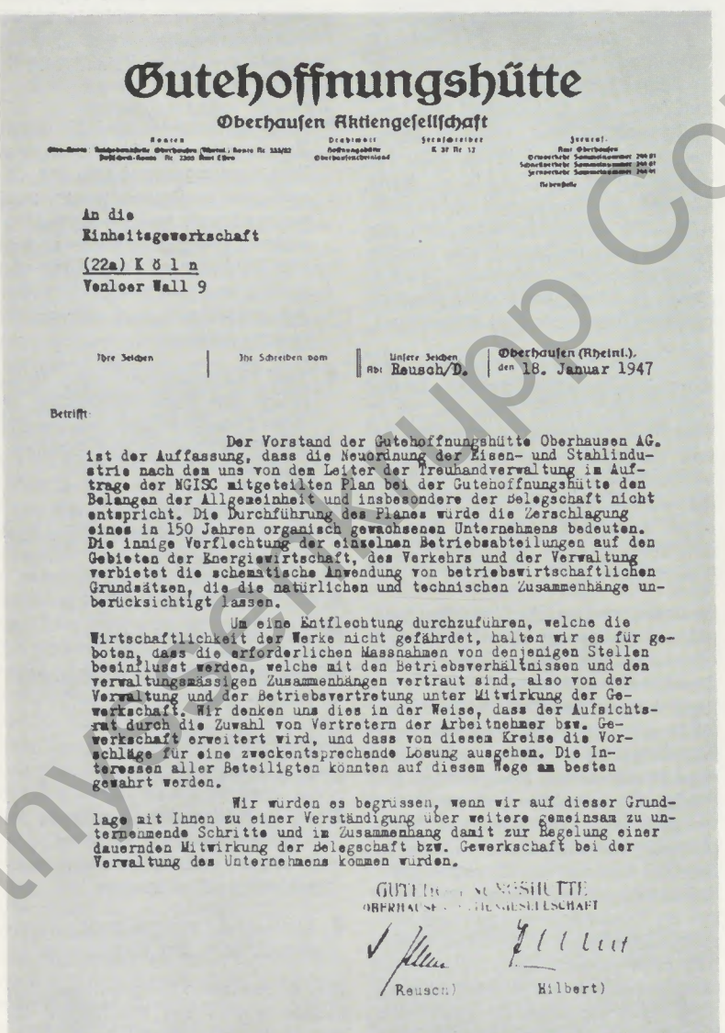
thyssenkrupp Corporate Archives

Werk und Mensch in 180 Jahren Firmengeschichte

Produktion aufnehmenden Werke der eisenschaffenden Industrie. Sehr klar ist dieses neue Unternehmensmodell in zwei der ersten Abschnitte des Vorstandsberichtes aus dem Geschäftsbericht des ersten Jahres 1947 dargestellt. Hier heißt es:

„In den neu geschaffenen Werken ist der Mensch in den Mittelpunkt gestellt worden. Diesem Gedanken Rechnung tragend wurden unter anderen auch Vertreter der Gewerkschaften und je ein Vertreter der Angestellten und Arbeiter des Betriebes in den Aufsichtsrat berufen. Es wurden weiterhin für Aufsichtsrat und Vorstand Geschäftsordnungen eingeführt, die eine enge Zusammenarbeit mit der Belegschaft in den Vordergrund stellen. Diesem Zwecke dienen insbesondere die in der Geschäftsordnung festgelegten vierzehntägig stattfindenden Besprechungen zwischen Vorstand, Hauptabteilungsleitern und den beiden Vorsitzenden des Betriebsrates.

Durch die Vertretung im Aufsichtsrat und diese Einrichtung wird eine laufende Unterrichtung der Belegschaft über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle gesichert. Der Belegschaft wird hierdurch Gelegenheit geboten, durch ihre Vertreter in unmittelbarer Zusammenarbeit mit dem Gesamtvorstand und den Hauptabteilungsleitern bei den betrieblichen Entscheidungen mitzuwirken. Dadurch, daß jedes Mitglied des Aufsichtsrates eine Ausfertigung der Niederschriften über diese Sitzungen erhält, ist eine dauernde enge Verbindung mit dem Aufsichtsrat und eine laufende Überwachung der Geschäftsführung gewährleistet. Die Bedeutung des schaffenden Menschen wurde in den ausgegliederten Hüttenwerken weiterhin dadurch betont, daß in den Vorstand der neuen Gesellschaften ein Arbeitsdirektor berufen wurde, dessen besondere Aufgabe es ist, neben seiner Tätigkeit im Rahmen des Gesamtvorstandes die sozialen Erfordernisse und Interessen der Belegschaft mit den allgemeinen Belangen des Werkes zur Erreichung seines höchsten wirtschaftlichen Standes in Einklang zu bringen."



Gutehoffnungshütte

Oberhausen Aktiengesellschaft

An die
Einheitsgewerkschaft
(22a) K ö l n
Venloer Wall 9

Ihre Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unsere Zeichen Abt Reusch/D.	Oberhausen (Rheinl.), den 18. Januar 1947

Betrifft:

Der Vorstand der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG. ist der Auffassung, dass die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie nach dem uns von dem Leiter der Treuhandverwaltung im Auftrage der MGISC mitgeteilten Plan bei der Gutehoffnungshütte den Belangen der Allgemeinheit und insbesondere der Belegschaft nicht entspricht. Die Durchführung des Planes würde die Zerschlagung eines in 150 Jahren organisch gewachsenen Unternehmens bedeuten. Die innige Verflechtung der einzelnen Betriebsabteilungen auf den Gebieten der Energiewirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung verbietet die schematische Anwendung von betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, die die natürlichen und technischen Zusammenhänge unberücksichtigt lassen.

Um eine Entflechtung durchzuführen, welche die Wirtschaftlichkeit der Werke nicht gefährdet, halten wir es für geboten, dass die erforderlichen Massnahmen von denjenigen Stellen beeinflusst werden, welche mit den Betriebsverhältnissen und den verwaltungsmässigen Zusammenhängen vertraut sind, also von der Verwaltung und der Betriebsvertretung unter Mitwirkung der Gewerkschaft. Wir denken uns dies in der Weise, dass der Aufsichtsrat durch die Zuwahl von Vertretern der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaft erweitert wird, und dass von diesem Kreise die Vorschläge für eine zweckentsprechende Lösung ausgehen. Die Interessen aller Beteiligten könnten auf diesem Wege am besten gewahrt werden.

Wir würden es begrüssen, wenn wir auf dieser Grundlage mit Ihnen zu einer Verständigung über weitere gemeinsam zu unternehmende Schritte und im Zusammenhang damit zur Regelung einer dauernden Mitwirkung der Belegschaft bzw. Gewerkschaft bei der Verwaltung des Unternehmens kommen würden.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE
OBERHAUSEN AKTIENGESELLSCHAFT

Reusch) Hilbert)

Wenn man sich die Produktionszahlen der ersten Jahre ansieht und daran denkt, daß man immer mit hungrigem Magen gearbeitet hat, daß man sich für seinen Lohn auch nicht einen Krümel Fett, eine Zigarette auf dem Schwarzmarkt kaufen konnte, daß man nur unter großen Schwierigkeiten zu seinem Arbeitsplatz kam und nachts in Häusern schlief, bei denen oft Bleche notdürftig die Fenster ersetzten, dann fragt man sich heute, wie das eigentlich geschafft werden konnte. Hier ist das erste deutsche Nachkriegswirtschaftswunder vollbracht worden, mindestens ebenso wichtig wie das, was man schlechthin als deutsches Wirtschaftswunder bezeichnet. Im März 1947 erzeugte man in Oberhausen 32 654 Tonnen Rohstahl, steigerte etwa innerhalb eines Jahres auf 42 253 Tonnen, konnte dann im September 1949 eine Produktion von 84 235 Tonnen vorweisen und überschritt im Jahre 1950 erstmalig die 100 000-Tonnen-Grenze und hatte im Oktober fast wieder den Vorkriegsstand von 1939 erreicht, den von 1936/1937 bereits überschritten. Dabei müssen häufige Rohstoffknappheit und auch dauernder Brennstoffmangel, vor allem in der Vorwährungszeit, miteinkalkuliert werden.

Der Entwicklung der Rohstahlerzeugung entsprachen auch die Produktionszahlen auf der Roheisenseite und der Walzwerksbereiche.

Am 1. September 1947 – als alle Abteilungen dem neuen Unternehmen angegliedert waren – zählte man etwa 8000 Belegschaftsmitglieder. Im Betrieb waren allein 453 Frauen als angelernte oder ungelernte Arbeiterinnen tätig, weil ja als Kriegsfolge der Arbeitsmarkt über zu wenig einsatzfähige Männer verfügte.

Auch die größten Kriegsschäden konnten in den ersten vier Jahren beseitigt werden.

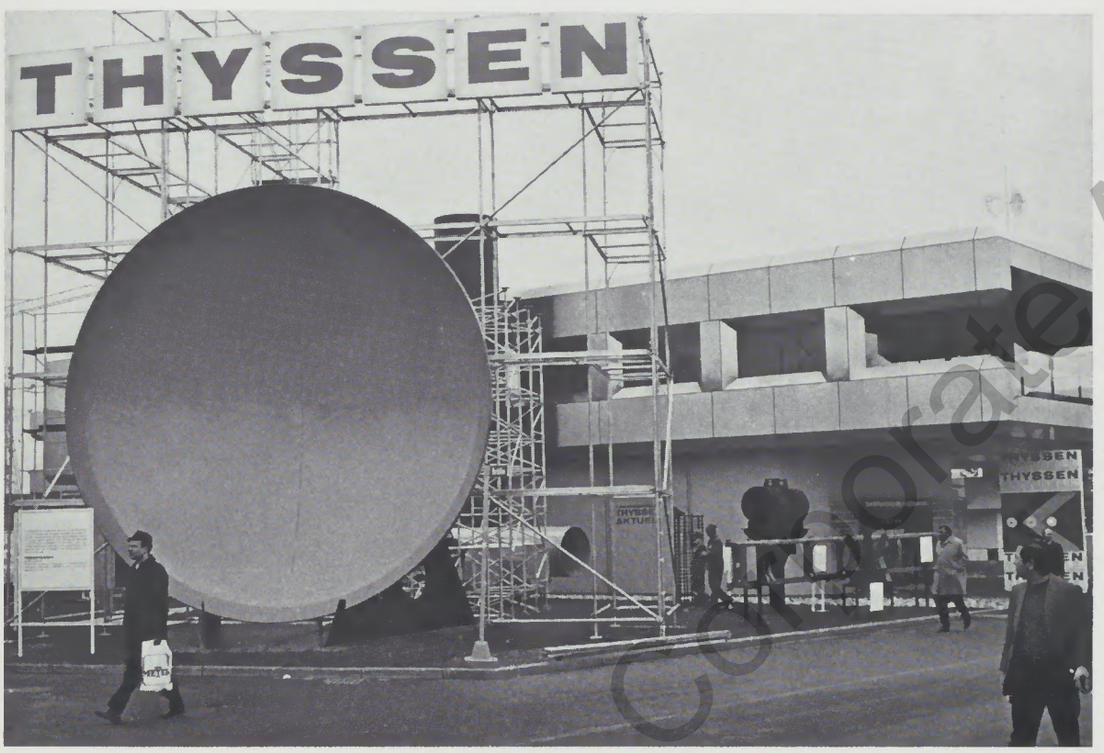
Nicht unerwähnt bleiben darf die Tatsache, daß in dieser Zeit nicht nur der Betriebsalltag Überdurchschnittliches von jedem einzelnen forderte, sondern daß Oberhausen darüber hinaus auf dem Gebiet der Stahlherstellung durch die Verwendung von Sauerstoff auch noch erfolgreiche Pionierarbeit für die gesamte Stahlindustrie leistete. Es konnte im Geschäftsjahr 1949/50 bereits die Hälfte allen Thomasstahls mit Sauerstoff erblasen werden, was eine Annäherung dieses Stahls an Siemens-Martin-Stahlqualitäten bedeutete.

Mit der Gründung der Stahltreuhändervereinigung am 1. September 1949 wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der noch nicht zwei Jahre alten ausgegliederten Stahlwerke eingeleitet. Diese Vereinigung aus zwölf Stahltreuhändern, von denen vier auf Vorschlag der Gewerkschaften bestellt wurden, löste die bisherige Treuhandstelle ab und sollte den Plan für eine endgültige Neuordnung aufstellen. Der Auftrag sah vor, neue, als Einheitsgesellschaften bezeichnete Unternehmen zu bilden, die von den aufzulösenden Konzernen unabhängig sein sollten. Auch sollten sie die in der Eisen- und Stahlerzeugung und im Kohlenbergbau steckenden Vermögensteile erhalten.

Dieses neue Ordnungsvorhaben brachte viele Probleme mit sich – von der Klärung der Eigentumsverhältnisse bis zum heiß umkämpften Unternehmensmodell für diese Einheitsgesellschaften –, Probleme, die sich auch in der Entwicklung des Hüttenwerkes Oberhausen spiegelten.

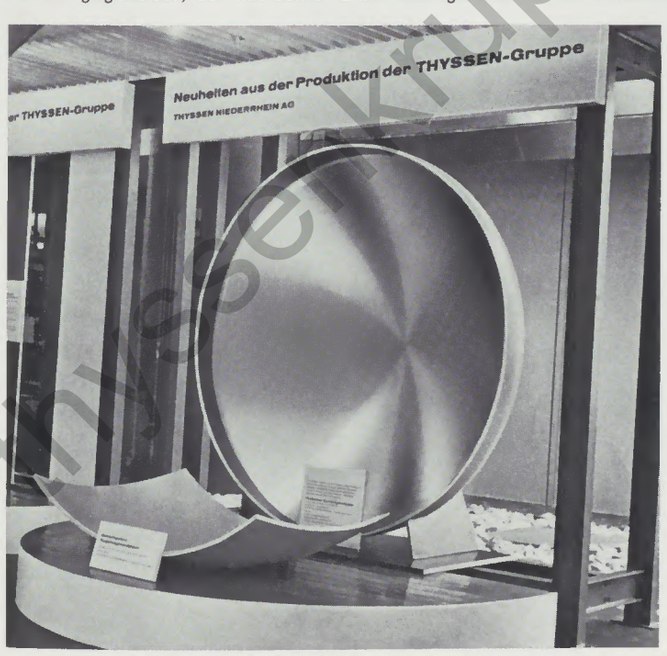
Mit dem Weg zur Neuordnung, der Bewährung dieser Neuordnung in der Praxis der HOAG werden wir uns in den Schlußkapiteln der Geschichte unseres Unternehmens befassen.

thyssenkrupp Corporate Archives





Vor dem Thyssen-Messehaus in Hannover beherrschten Erzeugnisse aus Oberhausen das Bild, vor allem der einteilig kaltgerollte Klöpperboden mit einem Durchmesser von 6600 mm. Seine Ausmaße werden auf unserem Bild links im Vergleich zu dem Messebesucher deutlich. — Daneben konnte man durch ein COR-TEN-Rohr, das auf einer Rohrleitungsstütze aus gleichem wetterfestem Stahl stand, auf den Eingang zum Informationsraum des Thyssen-Messehauses sehen. — Dem Informationsstand im Innern des Pavillons (unten rechts) stand ein mit Edelstahl plattierter Korbbogenboden von 2500 mm Durchmesser gegenüber, der mit seiner 2-mm-Auflage aus Chrom-Nickel-Stahl besonders attraktiv wirkte (Bild unten links).





Krupp Corporate Archives

